

Rüdiger Hachtmann

Adolph Streckfuß (1823-1895). Ein Demokrat im Visier
preußischer Terrorismusfahnder

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.855>

Reprint von:

Rüdiger Hachtmann, Adolph Streckfuß (1823-1895). Ein Demokrat im Visier
preußischer Terrorismusfahnder,
in: Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49.
Band 3, herausgegeben von Walter Schmidt, Fides Berlin, 2009, S. 619-665

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung
Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor
für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur
vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g.
Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>

Zitationshinweis:

Rüdiger Hachtmann (2009), Adolph Streckfuß (1823-1895). Ein Demokrat im Visier preußischer Terrorismusfahnder, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.855>

Ursprünglich erschienen als Rüdiger Hachtmann, Adolph Streckfuß (1823-1895). Ein Demokrat im Visier preußischer Terrorismusfahnder, in: Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49. Band 3, herausgegeben von Walter Schmidt, Fides Berlin, 2009, S. 619-665

WALTER SCHMIDT (Hrsg.)

Akteure eines Umbruchs

Männer und Frauen
der Revolution von 1848/49

Band 3



Blk. 20/10

Rüdiger Hachtmann

Adolph Streckfuß (1823-1895)

Ein Demokrat im Visier preußischer Terrorismusfahnder

Vergangenheit mutet mitunter höchst gegenwärtig an. Der Blick in angestaubte, schon lange abgelegte Polizeiakten und Gerichtsprotokolle kann über das unmittelbar historische Interesse hinaus lehrreich sein, nämlich zeigen, wie scheinbar zeitlos der Umgang mit politischen Gegnern der jeweiligen Obrigkeit, nicht zu letzt mit vermeintlichen linken "Schreibtischtätern" ist. Auch darüber will die folgende biographische Studie berichten. Im Jahre 1851, wenige Tage vor Herbstbeginn, kam es in Berlin zu einem aufsehenerregenden Prozeß, in dem die Staatsanwaltschaft eine Anklage verlas, die in ihrer Wortwahl merkwürdig ‚modern‘, geradezu aktuell anmutet: Der von mehrwöchiger Untersuchungshaft auch körperlich angeschlagene Angeklagte habe (so das Resümee der Anklageschrift) nicht nur nicht den "Terrorismus" geißelt, wie es sich für jeden braven preußischen Staatsbürger gezieme, oder sich wenigstens distanziert, nein, er habe sich "unumwunden dahin artikuliert", dass, solange die Linksterroristen "vor nichts zurückbebt[e]n und unerschrocken den Vernichtungskrieg gegen alle Feinde der Demokratie" geführt hätten, sie richtig gehandelt, nämlich "die Herrschaft der Demokratie" gegen die alten Mächte gesichert hätten. Der Angeklagte habe die demokratischen Terroristen dann links zu überholen versucht, nämlich diese wegen ihres schließlich doch zögerlichen Handelns, dass sie den "Terrorismus nicht bis zur äußersten Konsequenz zu verfolgen die Kraft besessen" hätten, sogar noch gescholten. Nicht genug damit, habe der Angeklagte zur "Nacheiferung" des Terrorismus in deutschen und preußischen Landen aufgefordert, zur "Ueberschreitung der als Schwäche bezeichneten Grenzen, an denen Jene [die ‚Terroristen‘-R.H.] endlich doch inne gehalten" hätten. Durch eine breite und farbige Schilderung historischer Ereignisse habe der Angeklagte beim preußischen Volk "Beifall für die terroristische Herrschaft" radikaler "Revolutionsmänner" hervorrufen wollen - allein das sei hochgradig verdammenswert.¹ Dieser erste Blick in eine staatsanwaltliche Anklageschrift wenige Jahre nach der Revolution von 1848 zeigt, daß die Begriffe Terror, Terrorismus und Terroristen keine Erfindungen moderner, spätbürgerlicher Staaten und Öffentlichkeiten sind. Nicht erst seit der Wende ins 21. Jahrhundert war die Obrigkeit mit entsprechenden Verdächtigungen schnell bei der Hand, wenn es darum ging, kritische Stimmen gegen die Allgewalt eines gegenwärtigen Staates mundtot zu machen. Diese Politik und mit ihr der Terrorismusverdacht besitzen eine lange Vorgeschichte.

Man ahnt es schon: Die "Terroristen", um die es dem Berliner Anklage-

Senat" am Berliner Kammergericht ging, waren die jakobinischen "Revolutionsmänner" von 1793/94. Der Name des Angeklagten, der der Terror-Verherrlichung geziehen wurde, lautet: Adolph Streckfuß.² Auf die Anklage, die dem in den Jahren 1848/49 prominent gewordenen Demokraten und späteren Linksliberalen³ Streckfuß "im Namen des Königs" - nicht des Volkes - Mitte September 1851 gemacht wurde, und ebenso den überraschenden Ausgang des Prozesses wird im dritten Teil dieses Aufsatzes ausführlicher zu sprechen zu kommen sein. Zuvor ist auf den Angeklagten selbst und seine Lebensgeschichte bis zum Zeitpunkt der Anklage genauer einzugehen: Im ersten Teil des folgenden Beitrages wird die Biographie von Streckfuß bis zum Frühjahr 1848 vorgestellt, im zweiten Abschnitt dann seine Rolle im Sommer und Herbst des Revolutionsjahres sowie während des unmittelbaren „Nachmärz“ (1849/50) skizziert. In der vierten und letzten Passage des Beitrags ist sein weiterer Lebensweg, insbesondere sein trotz aller Unbilden beharrliches Wirken für die Demokratie in der Ära der düsteren Reaktion 1851 bis 1859 sowie anschließend sein erneutes öffentliches Hervortreten als linksliberaler Stadtverordneter und Stadtrat der preussischen und ab 1871 deutschen Hauptstadt anzusprechen.

Jugend und Vormärz

Geboren wurde Streckfuß am 10. Mai 1823 als achttes Kind des *Carl* Streckfuß, der sich zunächst als Übersetzer - u.a. der "Göttlichen Komödie" von Dante - hervorgetan hatte, ehe er im preussischen Staatsapparat Karriere machte. Öffentliche Aufmerksamkeit zog Carl Streckfuß auf sich, als er sich Anfang der dreißiger Jahre in einer vielbeachteten Schrift als Gegner einer sofortigen Judenemanzipation profilierte.⁴ Damit erntete er heftigen Widerspruch und provozierte z.B. Johann Jacoby zu seiner ersten politischen Schrift, unter dem Titel: "Über das Verhältnis des königlich-preussischen Regierungsrates zur Emanzipation der Juden".⁵ Der Karriere des Carl Streckfuß tat die Kontroverse, die er auslöste, keinen Abbruch. Sie wurde schließlich durch seine Ernennung zum Wirklichen Geheimen Oberregierungsrat und durch die Aufnahme in den Staatsrat der Hohenzollernmonarchie 1840 gekrönt.⁶ Der heranwachsende Sohn Adolph (mitunter auch: "Adolf") - der im Unterschied zum Vater ganz offensichtlich vor antiemanzipatorischen Anfechtungen gefeit war und (spätestens) ab 1848 mit Demokraten und Liberalen jüdischer Konfessionszugehörigkeit auf das engste politisch zusammenarbeitete - fiel zunächst nicht aus dem „normal“-bürgerlichen Rahmen. Er absolvierte das humanistische Gymnasium, leistete anschließend seinen Dienst beim Militär und begann dann ein Studium der Landwirtschaft an der Friedrich-Wilhelms-Universität sowie an der in der Nähe von Wriezen gelegenen Thae'schen Lehranstalt Möglin.

Während dieser seiner Studienzeit scheint Adolph Streckfuß näher mit demokratischen Ideen bekannt geworden zu sein. Jedenfalls heißt es im Nachruf auf Streckfuß im "Berliner Lokal-Anzeiger" vom 11. Oktober 1895 lakonisch, daß er zwar "das Staatsexamen bestand, aber für den Staatsdienst ganz unmöglich [war]; der Geist der Freiheit hatte sich bei ihm durchgerungen".

Im Unterschied zum 1844 verstorbenen Vater, der für seine "monarchisch-conservative Gesinnung" bekannt war, galt Streckfuß schon vor der Märzrevolution als "eifriger Partheigänger der Demokratie". Öffentlich hervor trat Streckfuß bis 1848 lediglich durch eine längere sarkastisch-satirische "Rezension" auf das berühmte, an Friedrich Wilhelm IV. adressierte Königs-Buch Bettine v. Arnims ("Dieses Buch gehört dem König", Juni 1843) sowie dessen Anhang hervor, einem eindrücklichen Bericht über das Berliner "Voigtland", damals das Elendsviertel der preußischen Hauptstadt schlechthin. Aufgrund der harschen preußischen Zensur veröffentlichte Streckfuß sein Büchlein im Januar 1844 in der Schweiz. In Preußen wurde die "Rezension" umgehend verboten. In seinem ersten Buch gab sich Streckfuß zwar, oberflächlich betrachtet, eifrig borussisch und ostentativ besorgt um das Ansehen der Hohenzollernmonarchie. Dahinter verbarg sich jedoch ätzender Sarkasmus. So ließ Streckfuß seine fiktiv-ironischen Dekuvrierung des Königs-Buches folgendermaßen enden: "So steht der Teufel denn entlarvt vor uns in seiner ganzen Scheußlichkeit, und der Name dieses finster drohenden Gespenstes ist: Communismus!"⁷

Streckfuß selbst hat über eigene politische Aktivitäten während des Vormärz später nicht weiter berichtet, vermutlich weil ihm die Eigenschaft der Eitelkeit abging. Dass er bereits in den letzten Jahren vor der Revolution nicht nur publizistisch auf Seiten der Demokraten und Liberalen - die sich als politische Strömungen erst 1848 voneinander schieden - in der Preußenmetropole aktiv war, ist wahrscheinlich. So dürften es nicht zuletzt eigene Erfahrungen gewesen sein, die ihn später feststellen ließen, dass im Berlin des Vormärz "verbotene Schriften vom Publikum weit lieber als nicht verbotene gekauft" wurden und dass man "trotz der Begierde, mit welcher offene und geheime Polizisten [nach den] Übertretern des Gesetzes fahndeten, in Berlin zu jeder Zeit jedes verbotene Buch erhalten."⁸

Die Märztage

1895 heißt es etwas sibyllinisch im Nachruf des "Berliner Lokal-Anzeigers" auf Streckfuß: "Die Ereignisse der blutigen Märztage hatte er an einer ihrer Hauptstätten aus eigener Anschauung kennen gelernt". Ob er unmittelbar an der Verteidigung der am 18. März 1848 errichteten Barrikaden teilgenommen hat, ist unklar. Sicher ist, dass er am folgenden Tage Augenzeuge der

tieften Demütigung Friedrich Wilhelms IV. wurde, als dieser vor den Leichen der vor das Stadtschloss getragenen Märzgefallenen seine Mütze ziehen mußte. Dass er auch den Umzug des Hohenzollernmonarchen am 21. März 1848 durch die Straßen der Berliner Innenstadt beobachtete, als dieser mit der Deutschen Trikolore vorneweg durch die Straßen seiner Hauptstadt ritt und erklärte, er habe sich "für die Tage der Gefahr" an die "Spitze des deutschen Volkes gestellt", geht aus seinen später veröffentlichten Aufzeichnungen hervor. Mindestens zeitweilig und in auffälligem Kontrast zur Radikalität seiner Positionen Anfang der fünfziger Jahre teilte er die Illusionen der meisten Berliner, auch der Demokraten, in den preußischen Monarchen. So erklärte er in dem 1848 erschienenen ersten Band seiner unter dem Pseudonym "Adolph Carl" veröffentlichten Schrift "Das freie Preußen" mit Blick auf den 19. März sowie das (wie der zeitweilige preußische Außenminister v. Canitz und Dallwitz abwertend formulierte) "Nationalitätshallo" zwei Tage später:

„[M]an hatte sich versöhnt mit dem Könige, und das ist eben der schönste Zug im Charakter des Berliners, daß er nicht lange zürnen kann, daß er vergiebt und vergißt, wo er glaubt, Vertrauen und Liebe zu finden. Noch waren die Opfer des 18ten nicht beerdigt, noch lagen die blutigen Leichen in den verschiedenen Kirchen, und schon hatte das Volk von Berlin seinem Könige vergeben.“

Dann die noch nicht von der Bitternis der verlorenen Revolution getrüben Sätze: "Das alte Königthum und mit ihm der frühere König sind im Kampfe des 18. März vernichtet worden, Friedrich Wilhelm IV. aber ist am 19. durch den gebieterischen Willen seines Volkes aufs Neue auf den Thron gehoben worden, von dem ihn das Volk hätte herabstürzen können, wenn es gewollt hätte, denn es hatte die Macht in den Händen." Das "preußische Volk" aber habe Friedrich Wilhelm IV. nach dem Barrikadenkampf ein zweites Mal "zum Herrscher erwählt", da man ihm "die Geistes- und Charaktereigenschaften zutraut, deren das Oberhaupt eines constitutionellen Staates bedarf."⁹

Solche Worte muten uns heute naiv an. Zu bedenken ist indes, dass im Unterschied zu den Franzosen die Demokraten in Berlin und Preußen revolutionsunerfahren waren. Sie saßen dem Mythos des "großen", teilweise ja auch tatsächlich reformfreudigen, aufgeklärt-absolutistischen Friedrich II. auf; sie waren zudem von den Erinnerungen an die - dem Vorgänger Friedrich Wilhelms IV. abgezwungenen - "Reformen von oben" zwischen 1806 und 1814 geprägt und hegten im Frühjahr sowie vielfach wohl auch noch im Sommer 1848 die Hoffnung, nun würde eine ähnliche Reformperiode anbrechen. Streckfuß machte da keine Ausnahme. Dass der in seinem ganzen Denken und Fühlen rückwärtsgewandte "Romantiker auf dem Thron" alles andere wollte als eine konstitutionelle Monarchie, dass Friedrich Wil-

helm IV. an seiner altständisch geprägten Vorstellung eines semi-absolutistischen "Gottesgnadentum" um jeden Preis festzuhalten gewillt war, übersahen sie in der Euphorie des Sieges der Märzrevolution.

Sie wären zudem höchst überrascht gewesen, wenn sie die skeptische Sicht mancher Demokraten außerhalb der preußischen und deutschen Grenzen auf die Berliner Verhältnisse in der zweiten Märzhälfte 1848 gekannt hätten, etwa die Tagebuchnotizen des Schweizer Webers und Kleinbauern Johann Ulrich Furrer. Furrer, der freilich auch niemals eines Monarchen Untertan war, schrieb, bei den Berlinern sei "es, wie mir scheint, mit dem, was man Verstand nennt, noch nicht weit her, das beweisen die Lebehoche für den König. In der Schweiz, glaube ich, hätte man es anders gemacht: Einem Mann, der vor wenigen Augenblicken noch Befehl gab, das Volk niederzuhauen, würde man nicht mit Vivetrufen, sondern mit Kugeln berauschen. Aber die einfältigen Leute glauben, dass die ganze Welt zugrunde ginge, wenn keine solchen Herren von Gottes Gnaden existieren würden."¹⁰

Die Berliner dagegen schwelgten in Euphorie über die neue Zeit. Skeptische Äußerungen, wie die Rudolf Virchows, der die Politik, die die Hohenzollernmonarchie in den ersten Tagen nach der Märzrevolution praktizierte, für einen "großen politischen Streich" hielt, waren die Ausnahme.¹¹ Angesichts der Euphorie, mit dem die übergroße Mehrheit der Berliner schon wenige Tage nach den blutigen Barrikadenkämpfen ihrem scheinbar konstitutionell und national gewendeten König zujubelten, nimmt es nicht wunder, dass radikaldemokratische Positionen in Berlin anfangs nur schwer Fuß fassen konnten.¹²

Ein demokratischer Realpolitiker

Adolph Streckfuß zählte bis in den Herbst 1848 hinein zu den moderaten Demokraten, die nicht die möglichst rasche Ausrufung der Republik auf ihre Fahnen geschrieben hatten, sondern sich fürs erste mit einer konstitutionellen Monarchie begnügen wollten. Folgerichtig schloss er sich denn auch nicht dem "Demokratische Klub" an, der aus dem wenige Tage nach der Märzrevolution gegründeten "Politischen Klub" hervorgegangen war, zeitweilig mehr als tausend Mitglieder zählte und ab dem späten Frühjahr 1848 in Berlin den radikalen Flügel der demokratischen Bewegung repräsentierte - sondern dem "Verein für Volksrechte". Dieser Verein für Volksrechte entstand, als sich der linke Flügel des anfänglichen organisatorischen Sammelbeckens der Berliner Liberalen - des Konstitutionellen Klubs - Mitte Mai organisatorisch separierte. Politisch bewegte er sich mit seinen bei der Gründung 140 Mitgliedern zunächst in der Grauzone zwischen demokratischer und liberaler Bewegung und distanzierte sich programmatisch sowohl von ersterer - denen er eine "Ausbeutung der Leidenschaft" unter-

stellte – als auch von letzterer, als dem organisierten, “auf der Oberfläche schwimmenden Phrasenkonstitutionalismus”. Mit diesen und weiteren Formulierungen wie der, daß er “alle Diejenigen zusammenscharen (wolle), welche die Freiheit zur That zu machen den Willen haben, um mit Ernst und Entschiedenheit die Rechte [des Volkes] nach beiden Seiten hin”, nämlich gegen “Reaction” wie gegen “Anarchie”, zu verteidigen, brachte der liberaldemokratische Verein vor allem zum Ausdruck, wie diffus seine Positionen im späten Frühjahr noch waren. Er fiel damit freilich nicht aus dem Rahmen. Die verschiedenen politischen Strömungen waren in dieser Phase der Parteibildung überhaupt noch wenig markant konturiert.

Während sich im radikalen Demokratischen Klub die ungestüme Jugend sammelte und dieser Klub auch von zahlreichen Arbeitern besucht wurde, war der Verein für Volksrechte - und ebenso die beiden anderen, kleineren demokratischen Vereine der preußischen Hauptstadt: der Volksklub, dem Streckfuß wenig später gleichfalls beitrug, sowie der Reformklub¹³ - in starkem Maße bildungsbürgerlich geprägt und das Durchschnittsalter jedenfalls seiner führenden Mitglieder deutlich höher. Diese strukturellen Unterschiede markierten auch Differenzen in der politischen Praxis: Während im Demokratischen Klub die “soziale Frage” heftig diskutiert wurde und dieser radikale Verein mit einem oft genug kurzatmigen Aktionismus dem politischen Geschehen in Berlin seinen Stempel aufdrückte, war der Verein für Volksrechte eher ein intellektualistischer Debattierzirkel, der den politischen Schwerpunkt seiner Aktivitäten in der kritischen Begleitung der Tätigkeit der am 22. Mai 1848 erstmals zusammengetretenen Preußischen Nationalversammlung sah.

Der Verein für Volksrechte und ebenso die beiden anderen ihm politisch benachbarten moderat-demokratischen Klubs waren so etwas wie das außerparlamentarische Standbein der linken Fraktion der Berliner Nationalversammlung. Sie stellten sich meist demonstrativ hinter deren Positionen und brachten, einzeln oder gemeinsam, öffentliche Protesterklärungen heraus, wenn die parlamentarische Linke gegenüber dem Zentrum und/oder der Rechten unterlag. Oder sie zeichneten verantwortlich für öffentliche Erklärungen, in denen demokratische Abgeordnete gegen Anfeindungen der ‚Reaction‘ in Schutz genommen wurden. Die moralische Unterstützung, die die Abgeordneten auf diese Weise in den demokratischen Klubs erhielten, dürfte (etwa im Vergleich zur Deutschen Nationalversammlung in der Paulskirche mit ihrer schärferen fraktionellen Zersplitterung und ihren stärker schwankenden Mehrheitsverhältnissen) erheblich zur Stärke und Stabilität der Linken in der Preußischen Verfassungsgebenden Versammlung beigetragen haben. Die Mitglieder der linken Fraktion wiederum revanchierten sich, indem sie Sitzungen der demokratischen Vereine Berlins besuchten und dort über ihre Erfahrungen in der Berliner Nationalversammlung

berichteten. Diese Fokussierung auf das Parlament hatte freilich auch Nachteile: Insbesondere den kleineren demokratischen Vereinen blieb nur wenig Raum für andere politische Aktivitäten.

Innerhalb des Vereins für Volksrechte wurde Streckfuß - neben Karl Gustav Jacob Jacobi¹⁴ - schon bald zur tonangebenden Persönlichkeit. Wortprotokolle einzelner Sitzungen sind nicht überliefert, so daß Streckfuß' konkrete politische Positionierungen nicht minutiös nachvollzogen werden können. Eher beiläufige Bemerkungen in seinen Schriften zeigen indes, daß ihm - wiewohl im Revolutionsjahr mit 25 Jahren noch keineswegs der etablierten Generation zugehörig - jugendlicher Überschwang abging und er auch gegenüber den sozialen Unterschichten auf Distanz hielt. Deutlich wird dies an seinen Charakterisierungen des radikalen Demokratischen Klubs. Dort hätten "vorzugsweise jugendliche Redner" den Ton angegeben. Ihr "feuriger Enthusiasmus" sei ganz "nach dem Sinne" der "Arbeiter" gewesen, die dem Klub "in immer größeren Schaaren hinzugeströmt" seien. "Schallende Bravo's belohnten jede excentrische Äußerung, während der Lohn einer ruhigen, gemäßigten Sprache gewöhnlich ein durchdringendes Zischen war."¹⁵ Hinter solchen Äußerungen mag neben berechtigter politischer Kritik¹⁶ auch die Frustration darüber gestanden haben, daß Streckfuß selbst es als Redner auf Volksversammlungen und anderen Anlässen nur zu begrenzter Popularität gebracht hat.

Streckfuß war im Jahre 1848 ein demokratischer Realpolitiker. Er setzte auf Kompromisse mit den rechtsliberalen Märzregierungen, die der Krone allmählich wieder Oberwasser verschafften und de facto der Gegenrevolution den Boden bereiteten. Gleichzeitig stellte er sich apodiktisch auf den "Boden der Revolution" und kritisierte unverblümt z.B. das Lavieren der moderaten Linken innerhalb der Preußischen Nationalversammlung am 9. Juni, nachdem der Berliner Abgeordnete Julius Berends den Antrag gestellt hatte, das Abgeordnetenhaus möge "in Anerkennung der Revolution zu Protokoll erklären, dass die Kämpfer des 18. und 19. März sich um's Vaterland wohl verdient gemacht haben."¹⁷ Zudem war er sich allerdings des Tatbestandes bewusst, dass die demokratische Bewegung gut organisiert sein musste, um die revolutionären Errungenschaften verteidigen zu können - auf lokaler und regionaler Ebene wie im nationalen Maßstab. Entsprechend handelte er. So ließ er sich als einer der Delegierten der Berliner Vereine als Delegierter für den ersten Kongress der Demokraten Deutschlands in Frankfurt a.M. vom 14. bis 17. Juni 1848 wählen.¹⁸

Während Streckfuß auf dem Demokraten-Kongress nicht weiter hervortrat, war er die treibende Persönlichkeit hinter dem demokratischen "Kreis-Ausschuss für die Mark Brandenburg", der am 31. Juli 1848 zunächst provisorisch konstituiert wurde. Mit dem am 20. und 21. August abgehaltenen, ersten Kongress der Vereine der Mark Brandenburg erhielt diese Zusam-

menarbeit festere Formen.¹⁹ Entsprechend ihrer dominierenden Rolle in den preußischen Kernlanden stellten die Repräsentanten der Berliner Vereine den fünfköpfigen Kreis-Ausschuss, unter ihnen aufgrund seines Engagements und Organisationstalents als eine Art primus inter pares Adolph Streckfuß.²⁰ Der Kreis-Ausschuss, das war bereits im Statut angelegt, litt in der Folgezeit unter ähnlichen Problemen wie der auf dem nationalen Kongress gewählte "Central-Ausschuß der Demokraten": Er schwebte über den Vereinen und war letztlich nicht in der Lage, deren Aktivitäten wirkungsvoll zu bündeln, geschweige denn die Lokalvereine zu einer geschlossenen Organisation zusammenzuschweißen. 1849 resümierte Streckfuß – der auch am "Zweiten Kongreß der Demokraten Deutschlands" Ende Oktober in der Preußenmetropole teilnahm, diesen allerdings vorzeitig verließ – selbstkritisch, die einzelnen demokratischen Klubs in Berlin und Brandenburg hätten "sämtlich zu desorganisierende Elemente in sich [gehabt], als daß es ihnen überhaupt möglich gewesen wäre, in einen regelmäßigen Verband einzutreten und sich den Beschlüssen einer, wenn auch von ihnen selbst gewählten Behörde zu unterwerfen."²¹

Die offenbar erheblichen – und letztendlich vergeblichen – Bemühungen, über den Kreis-Ausschuss die demokratischen Klubs in der Hauptstadt und dem Umland zu koordinieren und zu einer schlagkräftigen regionalen Bewegung zu formen, hielten den umtriebigen und energischen Streckfuß nicht davon ab, sich einem weiteren zentralen politischen Aktionsfeld zuzuwenden. Dies war vor allem die "Militärfrage", an der sich Erfolg oder Misserfolg der revolutionären Bewegung – so war eigentlich schon frühzeitig abzusehen – schließlich entscheiden würde.

Der Militär-Reform-Verein

Den Demokraten in Berlin wurde – im Unterschied zu denen anderer preußischer Städte²² – freilich erst spät bewusst, dass die "Militärfrage" das Schicksal der Revolution entscheiden würde, nicht zuletzt in der Preußenmetropole, als der nach Paris und neben Wien zentralen europäischen Revolutionsmetropole²³, in der die nach eigenem Verständnis ruhmreiche preußische Armee am 18. März eine schmerzliche, in den Augen des höheren Offizierskorps schändliche Niederlage hatte einstecken müssen. Ausgelöst wurde die im Spätsommer und Frühherbst 1848 hochschlagende politische Debatte um das Militär durch blutige Ereignisse in Schweidnitz. In diesem schlesischen Städtchen südwestlich von Breslau war am 31. Juli eine Einheit der preußischen Armee mit Waffengewalt auf die dortige Bürgerwehr losgegangen; am Ende der Auseinandersetzungen blieben 14 Bürger tot zurück. Die Preußische Nationalversammlung setzte eine Kommission ein, die diese blutige Auseinandersetzung untersuchen sollte. Darüber hin-

aus beschloss das Berliner Parlament am 9. August mit großer Mehrheit den "Antrag Stein", wonach das amtierende preußische Ministerium Hansemann-Auerswald einen Erlass herausgeben sollte, "daß die Offiziere allen reaktionären Bestrebungen fern bleiben [und] durch Annäherung an die Bürger und Vereinigung mit denselben zeigen [sollten], daß sie mit Aufrichtigkeit und Hingebung eines konstitutionellen Rechtszustandes mitarbeiten wollen". Diese Sätze wurden mit "bedeutender Majorität" angenommen, der Zusatz dagegen, "es denjenigen Offizieren, mit deren politischen Überzeugungen dies nicht vereinbar ist, zur Ehrenpflicht zu machen, aus der Armee auszutreten", lediglich mit einer Stimme Mehrheit²⁴.

Dieser Antrag setzte eine Kettenreaktion in Gang: Das rechtsliberale "Märzministerium" Auerswald-Hansemann stürzte, weil es den geforderten Erlass nicht herausgeben wollte - nachdem das erste Preußische Parlament einen knappen Monat später mit deutlicher Mehrheit darauf gedrungen hatte, den Erlass zur Schaffung demokratischer Verhältnisse in der preußischen Armee endlich umzusetzen. Wieder einige Tage später wurde das Berlin benachbarte Potsdam - seit jeher der Ort, in dem der größte Teil der preußischen Elitetruppe stationiert war, mithin die Verkörperung von preußischem Glanz und Gloria - zum Schauplatz einer massiven "Militär-Revolte", die die Kamarilla am Hohenzollernhofe und die preußischen Konservativen glauben ließ, dass die zentrale Stütze der Krone einzustürzen drohte.²⁵ In Reaktion auf diese Militärrevolte erklärte General v. Wrangel am 17. September in seiner kurz zuvor übernommenen Funktion als der Oberbefehlshaber aller in den "Marken", d.h. der zwischen Oder und Elbe stationierten Truppen in einem Armeebefehl, daß sich zwischen Offiziere und einfache Soldaten "kein fremdes Element" einschleichen dürfe und sich die Soldaten durch die "Reden und Proclamationen" der Demokraten "nicht irre leiten" lassen sollten. Dahinter stand der Wille, die Truppen vor den seit dem 18. März eingetretenen gesellschaftlichen Veränderungen systematisch abzuschotten. Weite Kreise unter den Berlinern bis tief in das liberale Milieu hinein fassten den Armeebefehl Wrangels als Provokation, als Versuch auf, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, und als einen ersten Schritt in Richtung Gegenrevolution. Mit der Potsdamer Militärrevolte und dem Armeebefehl Wrangels hatte der Disput um die "Militärfrage" endgültig auch die preußische Hauptstadt erreicht.

Eher zufällig hatte der linksliberale "Bürgerwehr-Klub" für denselben Tag, an dem Wrangel mit seinem Erlaß versuchte, die preußische Armee gegen den ‚demokratischen Virus‘ zu immunisieren, eine Volksversammlung einberufen, auf der über "die Stellung des Militairs im Volke" diskutiert werden sollte. Auf diesem Massenmeeting, an dem mehr als fünftausend Zivilisten sowie mehrere hundert Soldaten teilnahmen, sprach neben anderen demokratischen Rednern sowie linken Abgeordneten (unter ihnen Julius

Stein, der die Debatte über das preußische Militär mit seinem Antrag ausgelöst hatte) auch Adolph Streckfuß. Streckfuß' Rede, in der er u.a. erklärte, "der Parademarsch sei unnötig [und] das Heer sei im Frieden. was der Ofen für den Sommer", und ebenso die der anderen wurden von "Bravos" begleitet und mehrfach von "jubilndem Beifall" unterbrochen. Allgemein beschwor man die Einheit von Soldaten und Bürgern und wandte sich gegen die "Reaction", gleichgültig ob in militärischem oder zivilem Gewande. Am Ende der Veranstaltung kehrten "Soldaten und Bürger Arm in Arm in die Stadt zurück".²⁶

Das war nur der Anfang einer intensiven Diskussion darüber, wie man das Militär demokratisieren könne. In der Folgezeit organisierten der Bürgerwehr-Klub und ebenso die demokratischen Vereine weitere Veranstaltungen zur Militärfrage. Streckfuß, der den Schwerpunkt seiner politischen Aktivitäten im Sommer 1848 vom Verein für Volksrechte auf den Volksklub verlagert hatte, war hier besonders rührig. Unter seinem Vorsitz hielt der Volksklub in den folgenden Wochen jeden Sonntagnachmittag "eigene Sitzungen nur für Soldaten" ab, die (so notierte er später) "ihre Wirkung nicht verfehlten"²⁷. Streckfuß war es auch, der für die Gründung des "Militär-Reform-Vereins" verantwortlich zeichnete. Nach eigenen Aussagen hatte der "Demokratische Kreisausschuß der Mark Brandenburg" Streckfuß damit offiziell beauftragt.²⁸

Förmlich ins Leben trat der Militär-Reform-Verein am 23. Oktober 1848. Bereits auf der Gründungsversammlung waren nach Angaben der Bürgerwehr-Zeitung "mehr als 200 Soldaten" zugegen.²⁹ Wohl weil man die Krone und Armeeführung nicht ,unnötig' provozieren wollte, hieß es in der Gründungserklärung etwas unbestimmt, man wolle unter "Ausschluß der Politik darauf hinarbeiten, daß im Militairwesen diejenigen Reformen eingeführt werden, welche als nothwendig von der Zeit anerkannt werden"³⁰. Für sich genommen, mochten diese Sätze leerformelhaft wirken. Die, die es unmittelbar anging, wussten, dass damit nur eine grundlegende Demokratisierung der Armee gemeint sein konnte. Wie stark dieser Wunsch gerade auch unter einfachen Soldaten und unter niedrigrangigen Offizieren, vor allem den schlecht bezahlten Leutnants³¹, war, zeigte bereits die zweite Sitzung des Militär-Reform-Vereins am 27. Oktober 1848.

Erschienen waren, heißt es in einem längerer Bericht der "National-Zeitung", "etwa 400 Personen, unter denen wenigstens 350 dem Militär angehörten; man sah Offiziere und Soldaten aller Truppentheile; die ersteren waren bis auf einen in Civilkleidung erschienen." Streckfuß als Vorsitzender des Vereins leitete die Sitzung mit Bemerkungen zu den Repressalien ein, denen Soldaten ausgesetzt waren, wenn sie sich offen demokratisch exponierten; konkret schilderte er, dass "der Unteroffizier Lippelt, welcher in der vorigen Sitzung [des Militär-Reform-Vereins] gesprochen hat-

te, deshalb mit Arrest bestraft worden wäre.“ Von einem offenen Protest gegen diese Disziplinierung hielt Streckfuß freilich nichts. Ganz demokratischer Realpolitiker erklärte er, er hielte “es für das Passendste, vorläufig nichts dagegen zu thun, sondern die Sache erst genau zu untersuchen”. Erst wenn man die nötige Klarheit über den Vorfall gewonnen hätte, sei “mit größter Entschiedenheit dafür zu sorgen”, dass den Soldaten die im Gefolge der Märzrevolution zugestandenen Rechte “nicht vorenthalten” würden. Am Ende der Sitzung legte der überaus vorsichtige Streckfuß “den Soldaten ans Herz, lieber vorläufig auch einem ungerechten Befehle zu gehorchen, also nicht im Klub zu sprechen, wenn es ihnen verboten worden, aber zugleich energisch dagegen zu protestiren und nöthigenfalls sich an den Minister oder die National-Versammlung zu wenden.” Nach diesem Statement von Streckfuß forderte ein Hauptmann Malinowski, der offenbar im Auftrag des Berliner Militär-Gouvernements die Veranstaltung beobachten sollte, die anwesenden Soldaten auf, die Sitzung des Militär-Reform-Vereins zu verlassen – eine Weisung, der die meisten folgten. Erst danach begann die eigentliche Debatte. Hauptpunkt war das Verlangen nach kürzerer Dienstzeit – eine Forderung, die von der Mehrheit der Debattenredner, überwiegend Leutnants, vehement befürwortet wurde.³²

Die preußische Armeeführung fürchtete eine Demokratisierung des Militärs wie der Teufel das Weihwasser. Aufgeschreckt durch die offenbar beträchtliche Resonanz, die der Militär-Reform-Klub unter den inzwischen wieder in Berlin stationierten Truppen fand, konnte es das Berliner Militär-Gouvernement nicht bei punktuellen Interventionen belassen. Es musste darauf bedacht sein, dem Militär-Reform-Verein – solange man ihn nicht offen verbieten konnte – als wirkungsvolles Instrument der revolutionären Bewegung Berlins, um die Armee zu demokratisieren, die soziale Basis zu entziehen, ihn gleichsam trocken zu legen.³³ Dies geschah am 30. Oktober 1848, als “beim Appell sämtlichen Soldaten als Gouvernements-Befehl mitgetheilt [wurde], “daß sie, wenn es ihnen auch frei stände, den Sitzungen der [politischen] Klubs beizuwohnen und zu hören, was daselbst gesprochen würde, sich jedoch von dem Besuche des Militär-Reform-Klubs vollständig, bei Gefahr strenger Strafen, fern zu halten hätten.”³⁴ Über die Reaktion der Soldaten auf diesen Befehl und die Reaktion von Streckfuß berichtete die Mitte 1848 gegründete linksliberale “National-Zeitung” folgendes:

“Der Präsident des Klubs, Herr Streckfuß, schon im Laufe des Nachmittags durch Deputationen einzelner Bataillone von diesem Befehl in Kenntnis gesetzt, wurde um 7 Uhr [abends] vor dem Klublokal in der Georgenstraße von einer Menge daselbst versammelter Soldaten mit Jubel empfangen, indem man ihm erklärte, *dem Befehl nicht gehorchen und den Klub dennoch besuchen zu wollen*. Herr Streckfuß wusste die Soldaten je-

doch von diesem Vorsatze durch Zureden abzubringen, indem er ihnen versprochen hatte, dass er alles mögliche thun würde, um dem Militär das freie Vereinigungsrecht aufrecht zu erhalten, entfernten sich die meisten Soldaten, um sich in die Sitzung des demokratischen Klubs zu begeben. Im Sitzungslokale [des Militär-Reform-Klubs] selbst waren etwa 100 Personen versammelt, worunter sich trotz des Befehls etwa 30 Soldaten befanden. Nachdem der Präsident [Streckfuß] die thatsächlichen Eingriffe der Militärbehörden in eins der Grundrechte des preußischen Volks constatirt hatte, wurde das Comité [der Vorstand des Militär-Reform-Klubs - R.H.] beauftragt, dafür zu sorgen, daß der Ministerpräsident, [zugleich] auch Kriegsminister, v. Pfuël in der National-Versammlung wegen dieses Uebergriffes interpellirt und dem Militär das freie Vereinigungsrecht gesichert werde. Da bei der geringen Anzahl der anwesenden Soldaten die Besprechung wichtiger, auf die Militärreform bezüglicher Fragen nutzlos gewesen sein würde, so schloß der Präsident die Sitzung um 7 1/2 Uhr.³⁵

Während die Soldaten auf das Grundrecht der Meinungs- und Versammlungsfreiheit nicht verzichten wollten und bereit waren, dafür bis an die Grenze der Befehlsverweigerung zu gehen, blieb Streckfuß strikt legalistisch und defensiv. Er habe dafür konkret auch gute Gründe gehabt, erklärte Streckfuß selbst später; denn "ein paar Unteroffiziere erzählten mir [am Abend des 30. Oktober] offen, sie hätten Befehl, die Namen aller derjenigen Soldaten ihrer Kompagnien zu notieren, die das Verbot übertreten würden".³⁶ Als gemäßigter Demokrat, der zu diesem Zeitpunkt noch auf die konstitutionelle Monarchie setzte und die demokratische Republik lediglich als Fernziel anvisierte, hoffte er augenscheinlich, durch sein Beharren auf unbedingter ‚Gesetzlichkeit‘ der Krone imponieren und die Revolution retten können. Daß der Monarch, seine Kamarilla und die Militärführung keinerlei Interesse an Kompromissen hatten und bloß einen günstigen Zeitpunkt abwarteten, um der demokratischen Bewegung den Gar aus zu machen, konnte Streckfuß kaum ahnen, auch wenn die Zeichen hierfür schon absehbar waren, jedenfalls retrospektiv betrachtet.

Weil er den offenen Konflikt mit der Militärführung scheute, begaben er und die demokratische Bewegung Berlins sich überhaupt der Möglichkeit, der zum Entscheidungskampf entschlossenen Gegenrevolution gegenüber durch die demokratische ‚Zersetzung‘ der für letztere zentralen Stütze ‚Armee‘ eine entscheidende, nur schwer überwindbare Barriere zu errichten. Auch das Schicksal der Militär-Reform-Klubs hatte Streckfuß am 30. Oktober besiegelt, als er die zur ‚Subordination‘ bereiten Soldaten vertröstete, die Preußische Nationalversammlung und der Ministerpräsident als die hierfür legitimierten Institutionen würden die "reactionäre" Militärführung schon in die Schranken weisen: Noch am selben Abend suchte Streckfuß die linken Fraktionen der Preußischen Nationalversammlung auf und bat

diese um Unterstützung. Dort erhielt er "das Versprechen, daß dieselbe sich dieser Sache annehmen werde". Der gemäßigt-linke Abgeordnete Schulze-Wanzleben würde "in einer der nächsten Sitzungen eine auf diesen Gegenstand bezügliche Interpellation an den Kriegsminister richten; dieselbe kam indessen nicht zustande, sie wurde durch die spätern, wichtigern Ereignisse, welche sich jetzt Schlag auf Schlag drängten, verhindert. So ward denn dieser Verein schon kurze Zeit nach seinem Entstehen ertötet".³⁷

Nach dem Scheitern der Berliner Revolution, das durch die Ereignisse bis Mitte November 1848 besiegelt wurde³⁸, räumte Streckfuß schließlich kaum verklausuliert ein, dass das Festhalten an einem strikten Legalismus wohl tatsächlich falsch gewesen sei: "Das Verbot des Vereins erfolgte für die Regierung zur richtigen Zeit, denn er hatte schon eine bedenkliche Wirkung gehabt. Man hörte, daß die ohnehin mit den Quartieren in den Dörfern rings um Berlin un-zufriedenen Soldaten vielfach murrten, daß ihre Mißstimmung durch diejenigen Kameraden, welche sich bei dem Verein beteiligt und schon demokratische Grundsätze in sich aufgenommen hatten, genährt wurde."³⁹

In der Tat: Ein öffentliches und offensives Drängen auf die Einführung demokratischer Strukturen in der preußischen Armee, auf die (von Radikaldemokraten vehement geforderte) Schaffung eines Volksheeres sowie eine Ermunterung der nonkonformen Soldaten und Offiziere zu offenen Protesten durch die (zivile) demokratische Bewegung hätte den schließlichen Sieg der Gegenrevolution wenn nicht verhindert, dann jedoch erheblich erschwert.

Organisator der Berliner Volkspartei 1848/49

Streckfuß lernte aus der Niederlage der revolutionären Bewegung Berlins. Im Unterschied zu manchen Demokraten, die 1848 durch verbalradikale Rhetorik auf sich aufmerksam gemacht hatten und nach dem Ende der Revolution ins konservative Lager schwenkten,⁴⁰ entwickelte sich Streckfuß in den folgenden Jahren zu einem demokratischen Republikaner, der kompromisslos für Recht und Freiheit focht.

Nach dem Scheitern der Revolution Mitte November, der Ausrufung des Belagerungszustandes für Berlin und dem von Streckfuß heftig gegeißelten Verfassungsoktroi vom 5. Dezember 1848⁴¹ waren für Anfang Januar 1849 noch auf Basis eines allgemeinen und gleichen, jedoch indirekten (Männer-) Wahlrechts für ein Preußisches Abgeordnetenhaus Wahlen ausgeschrieben. Sie wurden zum Anlass, eine "Volkspartei" aufzubauen, die alle demokratischen Strömungen vereinigen und der Linken zu einem eindrucksvollen Sieg verhelfen sollte. Das war ein nicht ganz einfaches Unterfangen, da - wie Streckfuß lakonisch vermerkte - "sich die verschiedenen Fraktio-

nen der Demokratie fast noch feindlicher gegenüber standen, als selbst die Partei des Volkes der der Reaction".⁴²

Zum organisatorischen Hebel, der die Gründung der Volkspartei ermöglichte, wurden die insgesamt ungefähr sechzig Bezirksvereine des Revolutionsjahres 1848, die, (wie der Name bereits nahelegt) nach Stadtvierteln organisiert, nominell überparteilich, faktisch jedoch zumeist demokratisch bzw. linksliberal geprägt waren⁴³ Sie hatten im Unterschied zu den politisch offenen exponierten Klubs der Linken das Ende der Revolution überlebt, weil sie sich auch sozialkaritativen Zwecken widmeten. Diese Bezirksvereine fungierten, in Absprache mit einem gesamtstädtischen "Wahlcomité", im Dezember 1848 und Januar 1849 als Foren, die den demokratischen Kandidaten die Möglichkeit zu programmatischen Erklärungen und zur Selbstdarstellung boten; infolgedessen trugen sie wesentlich dazu bei, dass in Berlin ausschließlich Kandidaten der Linken für das Abgeordnetenhaus gewählt wurden. Nach der Parlamentswahl wurden sie zum Ausgangspunkt für die Gründung einer liberal-demokratischen "Volkspartei". Diese Volkspartei war seit August 1849 auf Bezirksebene in neun "Volksvereinen" organisiert, die ihrerseits eine Art 'Unterbezirke' bildeten und auf diese Weise die gesamte Stadt flächendeckend mit einem Organisationsnetz überzogen. Insgesamt zählte die reorganisierte 'Demokratische Partei' in Berlin fünf- bis zehntausend Mitglieder (die vornehmlich aus dem Bürgertum sowie den Mittelschichten kamen, kaum dagegen aus den Unterschichten). Geleitet wurde sie nach einem von einem "Gesamtausschuß" - einem Parteirat, den die Volksvereine je nach Größe mit Delegierten beschickten, sowie einem von diesem bestimmten "Vollziehungsausschuß", der grob einem geschäftsführenden Parteivorstand entsprach.⁴⁴

Vor allem Streckfuß war darüber hinaus bemüht, die Berliner Volkspartei zum Keim einer gesamt-preußischen Parteiorganisation zu machen (aus der langfristig sicherlich eine gesamt-deutsche geworden wäre). So war er maßgeblich an der Organisation der Landesversammlung der preußischen Demokraten am 1. August 1849 in Köthen beteiligt, die sich in erster Linie mit der Politik der Linken gegenüber dem neu eingeführten Drei-Klassen-Wahlrecht befasste. In Köthen, eine der Residenzen der drei anhaltischen Herzogtümer, trafen sich die preußischen Demokraten, weil das Ministerium Manteuffel den preußischen Demokraten einen solchen Kongress in der Hohenzollernmonarchie selbst nicht gestattete und die Stadt ein zentraler Knotenpunkt im entstehenden Eisenbahnnetz, mithin aus den meisten Landsteilen leicht zu erreichen war. Darüber hinaus waren die drei anhaltischen Herzogtümer rote Hochburgen mit bis Sommer 1849, zum Teil sogar bis 1850 hinein so starken linken parlamentarischen Mehrheiten, daß hier radikaldemokratische Landesverfassungen verabschiedet wurden, wie sie ansonsten im deutschen Raum nicht zu finden waren (auch in Ba-

den nicht).⁴⁵ Auch nach Frankfurt a.d.O. und der dort starken "demokratische Partei" bestanden enge Kontakte; u.a. wurde ein in dieser Stadt organisierter Bezirks-"Congress" von der Berliner Volkspartei mit zahlreichen Deputierten beschickt. Die Absicht, die nach dem Ende der Revolution zerrissenen Netze der demokratischen Bewegung zu erneuern, ließ Streckfuß im Juli 1850 außerdem u.a. "mit mehreren bekannten demokratischen Notabilitäten in Hamburg" Kontakt aufnehmen, darunter möglicherweise mit Karl Marx und Arnold Ruge.⁴⁶ Zu einem nachhaltigen Aufbau einer demokratischen Organisation über die Berliner Stadtgrenzen oder gar preussischen Staatsgrenzen hinaus ließen freilich zunächst das gegenrevolutionäre Kabinett des Grafen v. Brandenburg und später das Ministerium der Reaktion unter Otto v. Manteuffel wie überhaupt die politische Friedhofsruhe in ganz Deutschland keinen Raum.

War schon die Reorganisation der Demokraten in der ‚Provinz‘ steinig, wurde die Organisierung der Volkspartei durch den Mitte November 1848 über die Hauptstadt verhängten Belagerungszustand zusätzlich erheblich erschwert. Ihr erster Vorstand, dem neben anderen die in Berlin damals sehr prominenten Demokraten Benedikt Waldeck, Julius Berends, Heinrich Runge und Hartwig Gercke⁴⁷ angehörten, wurde am 24. Mai 1849 verhaftet. An seine Stelle trat ein neuer Vorstand, in dem Streckfuß eine tonangebende Rolle spielte.⁴⁸ Auf ihn ging anscheinend auch der dann am 21. August 1849 vom "Gesamtausschuß" angenommene "Plan" für die Organisierung der Volkspartei zurück, der dieser feste Strukturen geben sollte. Trotz der widrigen Umstände, mit denen die Demokraten in der beginnenden Ära der Reaktion zu kämpfen hatten, gewann die Volkspartei politisch allmählich an Profil. Auch um keine Angriffsflächen für unmittelbare Repression zu bieten, hatten sich die neun ‚Volksvereine‘ als bezirkliche Gliederungen der Volkspartei zunächst damit beschieden, unverbindlich die "gemeinsame Besprechung und Berathung politischer, socialer und städtischer Angelegenheiten in den von den Gesetzen vorgeschriebenen Schranken" als ihren Zweck festgelegt.⁴⁹ Das änderte sich, als die Volkspartei nach der Verhaftung des alten einen neuen Vorstand einsetzte, dem nun auch der "bekannte Demokratenchef" Streckfuß angehörte⁵⁰, und die Hohenzollernkrone mit der Einführung des Drei-Klassen-Wahlrechts am 30. Mai 1849 der demokratischen Bewegung unfreiwillig eine Plattform verschafft hatte, die zur Grundlage der Einigung der verschiedenen Strömungen innerhalb der Berliner Volkspartei wurde: Wer der Partei angehören wollte, mußte sich - seit Juni 1849 auch förmlich - ohne Wenn und Aber für die Wiederherstellung eines allgemeinen und gleichen Wahlrechts einsetzen. Zum zweiten politischen Kristallisationspunkt wurde - auch vor dem Hintergrund der Reichsverfassungskampagne, die militärisch im Frühsommer 1849 freilich bereits verloren war - die nationale Verfassung, d.h. die "Vergleichung

der deutschen Reichsverfassung und des Drei-Königs-Entwurfs“, also der Verfassung für ein von oben und unter preußischer Hegemonie vereinigtes Deutschland.⁵¹ Dieser Vergleich, der für jeden Demokraten und Linksliberalen mit einem unzweideutigen Votum für die vom Frankfurter Parlament verabschiedete Reichsverfassung enden musste, wurde von der Berliner Volkspartei als vieltausendfache Erklärung publiziert. Ein von den Demokraten der preußischen Hauptstadt veröffentlichter Aufruf zum Boykott der ersten Drei-Klassen-Wahl vom 17. Juli 1849 soll nach den Angaben von Streckfuß sogar in einer Auflage von 25 000 Exemplaren gedruckt und verteilt worden sein.⁵² Dieser Aufruf wiederum scheint zur Grundlage für eine Denkschrift gegen dieses undemokratische Wahlrecht geworden zu sein, mit deren Ausarbeitung die erwähnte Köthener Landesversammlung von Anfang August 1849 ein fünfköpfiges Komitee mit Streckfuß, zwei prominenten Mitgliedern der demokratischen Fraktion der Preußischen Nationalversammlung von 1848 sowie zwei weiteren führenden preußischen Demokraten beauftragt hatte.⁵³

Der Rahmen, den die Obrigkeit für das politische Engagement der Demokraten ließ, blieb freilich eng. So mußte die Berliner Volkspartei ihre ‚Politik‘, jedenfalls den Behörden gegenüber und wenn man von vereinzelten Kampagnen für die Freilassung prominenter Demokraten absieht, ansonsten weitgehend auf Vortragsveranstaltungen beschränken, wie sie in den Bildungsvereinen des Vormärz üblich gewesen waren. Ansonsten waren unter dem Belagerungszustand „Concerte und andere Vergnügungen die einzigen Mittel, die Partei zusammen zu bringen“. Jede Bezirksorganisation der Volkspartei rief zu diesem Zweck „gesellige Vereine“ ins Leben, die „den Grundstein legen [sollten] zu den nach der Beendigung des Belagerungszustandes in's Leben tretenden politischen Parteien“.⁵⁴

Das war freilich eine vergebliche Hoffnung. Die in Preußen durch die Ministerpräsidenten Brandenburg und Manteuffel sowie den Berliner Polizeipräsidenten v. Hinckeldey personifizierte Ära der Reaktion legte sich als ein düsterer Albdruck ein Jahrzehnt auf Preußen und Berlin, der den Demokraten schon bald die Luft zum – organisationsförmigen - Überleben nahm. Die Aufhebung des über Berlin verhängten Belagerungszustandes am 28. Juli 1849 hatte die Verhältnisse nicht zum positiven verändert. Im Gegenteil, die Ende Juni 1849 erlassenen neuen restriktiven Verordnungen hatten die Handlungsräume für die einzelnen Gliederungen der Berliner Volkspartei weiter eingeengt. Zwar versuchten der „Gesamtausschuß“ und die Vorsitzenden der neun Volksvereine Mitte Oktober 1849 noch einmal, die Aktivitäten der demokratischen Bewegung Berlins über ein neu eingerichtetes „Central-Comité“ zu bündeln und mit den auswärtigen Vereinen und Anhängern den Kontakt wiederherzustellen.⁵⁵ Aber auch diese Initiativen wurden vereitelt. Schon zuvor hatten sich die Mitglieder der Volkspartei

daran gewöhnen müssen, dass ihre Versammlungen von der Polizei auseinandergesprengt wurden.⁵⁶ Das neue preußische Versammlungs- und Vereinsgesetz vom 11. März 1850 und die zeitgleich mit dem Erlass des Presseggesetzes vom 5. Juni 1850 durchgeführte Schließung der noch bestehenden demokratischen Vereine besiegelten auch nominell das Ende der Volkspartei.

Obwohl sie nur wenige Monate bestand und sich kaum entfalten konnte, ist die Berliner Volkspartei ein Meilenstein für die bürgerliche Demokratie gewesen. Sie fungierte als Sozialisationsinstanz, die die Politisierungsprozesse des Jahres 1848 aufnahm und fortentwickelte – und bereitete den Boden dafür, daß den Berliner Linksliberalen zu Beginn der Neuen Ära eine rasche (Neu-)Formierung gelang. Die Bedeutung der Volkspartei reicht jedoch noch darüber hinaus: Das Revolutionsjahr 1848 ist oft als Geburtsjahr der modernen Parteien bezeichnet worden. Dafür gibt es gute Gründe. Im politischen Alltag agierten gerade die demokratischen Klubs nach innen wie nach außen allerdings ziemlich chaotisch; zu einer parteiförmigen Organisation im heute üblichen Sinne hatten sie sich noch kaum entwickelt. Dies gelang erst der Volkspartei. Vor diesem Hintergrund hat der bekannte linksliberale Staatsrechtler Rudolf (von) Gneist festgestellt, dass “eine eigentliche Parteibildung bei uns erst seit dem Dezember [1848] datiert”, nämlich mit der Gründung der Volkspartei begann. Die politischen Klubs der Revolutionsmonate hätten “nur die theoretischen Anfänge dazu” gebildet.⁵⁷ Hier liegt wohl auch das Hauptverdienst von Adolph Streckfuß als dem Spiritus rector der Volkspartei. Daneben personifizierte Streckfuß wie sonst nur wenige die Kontinuität der Demokratie vom Revolutionsjahr bis in das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts - der bürgerlichen Demokratie, wie man betonen muß, da er für den Sozialismus keine Sympathien erkennen ließ und für eine separate politische Organisierung der Arbeiterschaft neben den Linksliberalen und der bürgerlichen Demokratie kein Verständnis hatte, da diese nur auf Kosten der von ihm vehement geforderten – vor dem Hintergrund der sozialökonomischen Zerklüftungen der modernen bürgerlichen Gesellschaft freilich fiktiven - “Volkseinheit” gehen konnte.

Als Terrorist auf der Anklagebank (1851)

Das beharrliche und bedingungslose Engagement für politische Freiheiten und bürgerliche Gleichheit war es auch, was Streckfuß der Obrigkeit so verhasst machte. Deren Problem war freilich, daß sie den prominenten Berliner Demokraten offen nur schwer verfolgen konnte. Denn mit nackter Repression hätte man das liberal-konstitutionell orientierte und moderat-konservative Bürgertum, das man durch die Anfang Dezember 1848 ver-

kündete, pseudo-freisinnige Verfassung und ebenso übrigens durch das Ende Mai 1849 erlassene Drei-Klassen-Wahlrecht - das nicht ständisch, sondern bürgerlich geprägt war, nämlich die Wähler nach ihrem jeweiligen Steueraufkommen gewichtete - auf seine Seite gezogen hatte, erneut verschreckt und in die Arme der Demokraten getrieben. Hinzu trat, dass sich während des Vormärz in Preußen ein Rechtsstaat ausgebildet hatte, dessen personelle Träger sich nicht umstandslos zu willfährigen Instrumenten von Krone und Kamarilla machen ließen.

Da (der inzwischen verheiratete⁵⁸) Streckfuß wohl auch aus politischer Überzeugung - strikt im Rahmen von Gesetz und rechtlicher Ordnung zu wirken suchte, blieb es zunächst bei eher kleinen Sticheleien der Obrigkeit gegen seine Person und seine Aktivitäten. So wurde ihm zum Vorwurf gemacht, daß er die zweite Auflage seines - literarisch misslungenen - 1850 veröffentlichten Romans "Die Demokraten", in dem er der "Reinheit und Herrlichkeit der demokratischen Ideen" sprachlich Ausdruck verleihen wollte, zugleich jedoch (so erklärte Streckfuß selbst) "schonungslos mit Spott und Tadel gegen die Schwächen meiner eigenen Partei" zu Felde zog⁵⁹, im Selbstverlag herausgegeben hatte und auf eigene Faust vertrieb. Dies sei nach § 1287, II. 20 des Allgemeinen (Preußischen) Landrechts verboten.⁶⁰ Es nutzte Streckfuß nichts, daß er seinen Verlag an den Buchhändler J.W. Nette übergab, gleichzeitig jedoch auf dem Recht des Selbstverlages beharrte; die "Volksausgabe" von "Die Demokraten" durfte nicht erscheinen. Als politischer Schriftsteller war Streckfuß in den ersten Jahren nach der Revolution in einer heute kaum vorstellbaren Weise emsig. So verfasste er im April 1850 eine Broschüre über "Robert Blum. Sein Leben, sein Wirken. Ein Buch für das Volk, nach den besten Quellen bearbeitet", im selben Jahr außerdem ein 830 Seiten starkes Werk über den "Freiheitskampf der Ungarn in den Jahren 1848 und 1849" sowie eine Darstellung der "Ereignisse im Jahre 1849 nebst einer Geschichte der Kriege in Ungarn, Italien, Schleswig-Holstein und Baden". Außerdem gab er 1850 unter dem Titel "Das Volksarchiv" eine Sammlung von ihm selbst verfaßter "geschichtlicher Erzählungen aus der neuesten Zeit" heraus. Im Jahr 1851 folgte "Ein Buch der Republik", in dem er die Verfassung der ersten französischen Republik mit der Anfang 1850 novellierten preußischen Verfassung verglich, ferner ein Werk über die Dresdner Mairevolution sowie eine Darstellung des abenteuerlichen Lebens von Johann Gottfried Kinkel 1848/49.⁶¹ Wissenschaftlich wie literarisch waren all diese Arbeiten gewiss nicht anspruchsvoll. Aber das war auch gar nicht die Absicht von Streckfuß. Er schrieb nach eigenem Verständnis "für den Handwerker, für den Arbeiter, der nach mühsam vollendetem Tagewerk gerne ein Buch zur Hand nimmt, um sich zu belehren, seinen Geist auszubilden und einen Blick zu werfen auf die politische Lage seines Vaterlandes." Streckfuß verstand sich im Wortsinne als "Volks-

schriftsteller", der (wie er immer wieder betonte) "dem ganzen großen Volke in seiner Totalität dienen" wolle⁶².

Die Obrigkeit betrachtete die enorme Produktivität von Streckfuß mit höchstem Missfallen; sie fand jedoch keinen Anlass, gegen die genannten Schriften unmittelbar einzuschreiten. Das änderte sich, als Streckfuß eine weitere historische Abhandlung ankündigte, diesmal über (so der Titel:) "Die große französische Revolution und die Schreckensherrschaft". In einem "Prospect", der auf den Umschlagseiten des 1. Heftes der "Volksausgabe" seines Romans "Die Demokraten" abgedruckt war,⁶³ bewarb er das neue Werk mit folgenden Sätzen, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließen: "Wir leben in einer wild bewegten, traurigen Zeit. Nach den herrlichen Tagen des März 1848, in dem das deutsche Volk aus dem langen, politischen Todesschlaf endlich zum Bewusstsein seiner Kraft kam ..., sind die traurigen Jahre 1849 und 1850 gefolgt. Wir haben gewaltige Fehler begangen in den letzten Jahren, Fehler, hervorgegangen aus unserer Unkenntnis der Geschichte, hervorgegangen aus dem unglückseligen Vertrauen, welches wir zu den herrschenden Parteien hegten, denen wir uns blindlings übergaben. Die Geschichte hätte uns ... zeigen sollen, dass der größte politische Fehler, den ein Volk begehen kann, der ist, wenn es Vertrauen hat zu den augenblicklichen Inhabern der Gewalt, der ist, wenn es nicht mit starker Hand selbst seine Freiheit beschützt, und sich das einmal Errungene aus den Händen winden lässt."

Dies war unzweideutig und zudem höchst selbstkritisch. Dem Gegenstand "Große Französische Revolution" habe er sich nun deshalb zugewandt, um "aus ihr uns eine Lehre und eine Warnung für die Zukunft zu schöpfen, auf dass wir einst, in einer besseren Zeit, nicht wieder in dieselben Fehler verfallen, die wir schon einmal begangen haben ... Aus der Geschichte der französischen Revolution wollen wir lernen, dass ein Volk, wenn es einig ist, wenn es den felsenfesten energischen Willen besitzt, seine Freiheit zu erringen, durch keine Macht der Welt gezwungen und zurückgehalten werden kann. Die Revolutionsgeschichte des vorigen Jahrhunderts soll unsere erhabene Lehrerin der Gegenwart sein, um uns kräftig zu machen für die Freiheitsbestrebungen der Zukunft".

Diese Formulierungen zeugen von einem ungebrochenen Optimismus Streckfuß', seiner Annahme, eine erneute Revolution stehe für die nächste Zeit bevor. Und sie verweisen auf eine Radikalisierung seiner politischen Positionen: Bis Ende 1848 hatte Streckfuß die demokratisch-konstitutionelle Monarchie favorisiert und auf Kompromisse mit der Krone gesetzt. Davon konnte nun nicht mehr die Rede sein. Das Scheitern der Revolution begünstigte seine Radikalisierung. Es ist kein Zufall, dass die drei Polizeiakten, die über Streckfuß angelegt wurden und auf denen die vorliegende Darstellung wesentlich basiert, 1849 bzw. Anfang der fünfziger Jahre ein-

setzen. Unklar ist, ob er 1849/50 die Illusion hatte, die preußische Obrigkeit würde sein Werk über die "Schreckensherrschaft" der Jakobiner trotzdem tolerieren oder ob er bewusst den Eklat suchte und die Öffentlichkeit durch einen Prozess gegen seine Person politisch aufwecken wollte. Die Reaktion ließ jedenfalls nicht lange auf sich warten.

Der Prozess gegen Streckfuß weist eine Reihe von Eigentümlichkeiten auf. Bemerkenswert ist zunächst, dass die Initiative, "die Beschlagnahme [der von Streckfuß verfassten historischen Abhandlung] zu verfügen und deren Abgabe an die Kriminalbehörde zur strafrechtlichen Verfolgung anzuordnen", nicht vom preußischen Ministerium Manteuffel ausging, sondern vom Königlich Sächsischen Ministerium des Innern. Dieses stellte Anfang April 1851 in einem Schreiben an den preußischen Ministerpräsidenten und gleichzeitigen Innenminister Otto Freiherr v. Manteuffel⁶⁴ fest, daß Streckfuß seine "Schrift nicht nur in einem höchst aufreizenden Tone" abgefasst habe, sondern zudem "die destruktivsten Grundsätze predigt zu[r] Wiederholung der Französischen Revolution in erweiterem Maaßstabe, zu[r] Erneuerung der dabei stattgefundenen Schreckensscenen [sowie] überhaupt zum gewaltsamen Umsturze der bestehenden gesetzlichen Ordnung der Dinge auffordert".⁶⁵ Das preußische Innenministerium reagierte hochgradig alarmiert und wollte die Schmach, gegenüber Streckfuß untätig zu bleiben, nicht auf sich sitzen lassen. Es wies das Berliner Polizeipräsidium umgehend an, "sofort die Beschlagnahme der von dem Streckfuß hierselbst herausgegebenen Schrift: ‚Die große französische Revolution und die Schreckensherrschaft, dem Volke erzählt von Adolph Streckfuß‘ anzuordnen, und die Belangung des Streckfuß bei dem Staats-Anwalte zu beantragen. Bei der Gemeingefährlichkeit der Schrift werden die Polizeibeamten wo möglich auf die Schutzleute, speciell zur Nachforschung nach derselben und zu deren Wegnahme, wo sie solche finden ... mit der bestimmtesten Anweisung zu versehen, und wird ihre Aufmerksamkeit namentlich auch auf die Colporteure, Laufburschen pp. ... zu richten sein. Ebenso ist gegen diejenigen Buchhändler, welche diese Schrift debitiren ..., sofort das Verfahren wegen Entziehung der Concession einzuleiten. Von der Ausführung und dem Resultate der angeordneten Maaßregeln erbitte ich mir Euer Hochwohlgeboren baldigen Bericht."⁶⁶

Eine zweite Eigentümlichkeit, die am Prozess gegen Streckfuß ins Auge sticht: Retrospektiv überrascht, daß die Staatsanwaltschaft zum Jagen getragen werden musste. Tatsächlich waren in der oktroyierten Verfassung vom 5. Dezember 1848 Meinungs- und Pressefreiheit grundsätzlich garantiert worden - und die preußische Judikative nahm diese Passagen wörtlich; im Gegensatz zu Manteuffel und Hinckeldey, der als allmächtiger Berliner Polizeipräsident eine politische Polizei aufgebaut hatte, die Preußen mit einem dichten Informations- und Repressionsnetz überzog.⁶⁷ Diese bei-

den degradierten seit 1849 die Verfassung zu einem Schriftstück, das das Papier nicht wert war, auf dem diese niedergeschrieben worden war. Die Berliner Staatsanwaltschaft jedoch sah in der Niederschrift, im Druck und in der Verbreitung der Streckfuß'schen Abhandlung über "Die große französische Revolution" "nicht den Thatbestand einer strafbaren Handlung, eben so wenig der Oberstaatsanwalt. Der letztere verfügte die Freigebung der unter Beschlag gelegten Schrift; das Königliche Polizei-Präsidium führte diese Verfügung jedoch nicht aus, vermittelte vielmehr im Verwaltungswege, dass der Staatsanwalt den Befehl zur Erhebung der Anklage erhielt. Die Raths-kammer des Stadtgerichts [wiederum] wies den Antrag auf Einleitung der Untersuchung zurück."

Innenministerium und Berliner Polizeipräsidium gaben freilich nicht auf - und fanden schließlich einen willfährigen Staatsanwalt. Dieser legte Berufung ein und der Anklagesenat des Kammergerichts, auf diese Weise von mehreren Seiten unter Druck gesetzt, ließ die Anklage gegen Streckfuß nun doch zu. Die Klageschrift, deren rhetorische „Modernität“ zu Beginn dieses Aufsatzes gewürdigt wurde, verdient es, ausführlicher im Wortlaut zitiert zu werden:⁶⁸

"In Erwägung, dass der Literat Adolph Karl Streckfuß hier selbst ... als Verfasser und Herausgeber des Werks: ‚Die große französische Revolution und die Schreckensherrschaft. Dem Volke erzählt von Adolph Streckfuß. Berlin 1851‘, [in] der dem Werke vorangedruckten Einleitung ... unverhohlen ausspricht, dass er seine Aufgaben und seinen Zweck darin suche, die Ereignisse der französischen Revolution des 18. Jahrhunderts und die an der Spitze derselben gestandenen Terroristen zu verherrlichen und gegen das angeblich ungerechte und verfälschte Urtheil freiheitsfeindlicher Historiographen in Schutz zu nehmen", sei dieser in den Anklagezustand zu versetzen Streckfuß ginge es also nur vordergründig um eine angemessene Darstellung der Geschichte der ersten französischen Revolution und hier vor allem der Akteure der Phase des Grand Terreur. Tatsächlich fordere er kaum verhohlen den Leser auf, aus der Vergangenheit Lehren für die Zukunft zu ziehen; es gehe ihm nämlich darum, "nachzuweisen, durch welche Fehler damals die Revolution ihres vollen Sieges verlustig gegangen sei, und durch die Parallele zwischen [den] damaligen französischen Zuständen und Missgriffen, und zwischen dem in Preußen und Deutschland im Jahr 1848 und 1849 stattgefundenen Verlaufe der revolutionären Bewegungen dem deutschen Volke die Lehre darzulegen, wie es zu geeigneter günstiger Zeit klüger und energischer zu verfahren habe, um die Demokratie zur unumschränkten Herrschaft zu bringen".

Die Fehler, die die Jakobiner gemacht hätten, würden von Streckfuß "unumwunden dahin artikuliert, dass, solange Robespierre vor nichts zurückbebe, und unerschrocken den Vernichtungskrieg gegen alle Feinde der De-

mokratie, mochten sie einen Namen haben, welche sie wollten. führte, und sie unbarmherzig auf's Schaffott schickte, die Herrschaft der Demokratie in Frankreich gesichert gewesen [sei]; dass dagegen, als Robespierre sich scheute, diesen Ausrottungskrieg zu Ende zu führen, als er von seiner Konsequenz abwich, wieder das Dasein eines höchsten Wesens dekretierte u.s.w. sein Sturz und damit der Untergang der französischen Revolution erfolgte".

Gescheitert seien die Jakobiner – so habe Streckfuß nach den Ausführungen des Staatsanwaltes in seiner Schrift behauptet – "nicht durch den Terrorismus, sondern dadurch, dass Robespierre diesen Terrorismus nicht bis zur äußersten Konsequenz zu verfolgen die Kraft besessen habe: – durch diese und andere Stellen der Einleitung [habe Streckfuß] die unverkennbare Absicht an den Tag gelegt, durch das gedachte Werk dem Volk Bewunderung für die französischen Revolutionsmänner, Beifall für die terroristische Herrschaft derselben, und Bereitwilligkeit zur Nacheiferung nicht nur, sondern zur Ueberschreitung der als Schwäche bezeichneten Grenzen, an denen Jene endlich doch inne gehalten, einzuflößen und es dadurch reif zu machen, um in ähnlicher Lage der öffentlichen Zustände auch vor den äußersten Gräueln nicht zurückzubeugen, sondern im Namen der angeblichen Freiheit auf der betretenen Bahn der Revolution alles vor sich her zu zermalmen, was ihm sich hemmend entgegenstelle".

Streckfuß predige also den Terrorismus und habe Robespierre der Inkonsistenz gescholten. Dies sei unerhört: "In Erwägung, dass hiernach augenscheinlich der in der That auch wenig verhüllte Zweck des Werkes [auf die] noch jenseits des Robespierre'schen Terrorismus liegende sozialdemokratische Republik gerichtet ist, also auf ein Ideal, welches ohne Umsturz der gegenwärtig zu Recht bestehenden Verfassung unerreichbar ist, ... versetzt der Anklage-Senat des Königlichen Kammergerichts den Literaten Adolph Karl Streckfuß, wegen öffentlicher Aufreizung zu hochverrätherischen Unternehmungen in den Anklagestand".

Das war starker Tobak: Streckfuß wurde vom Staatsanwalt nicht nur der Sympathie für den revolutionären Terrorismus gescholten. Er habe sogar Robespierre in den Schatten gestellt, nämlich den "Ausrottungskrieg" gefordert, den die Jakobiner zu Ende zu führen sich gescheut hätten – und sei mithin ein ‚geistiger Brandstifter‘ der übelsten Sorte. Bemerkenswert ist zudem, daß (in den Augen des Staatsanwaltes) weit schlimmer als die radikale jakobinische Republik von 1792 bis 1794 die "sozialdemokratische Republik" sei, die Streckfuß für die Zukunft angeblich vorschwebe.

Die angebliche Befürwortung des Terrorismus wurde zum justiziablen Totschlagargument. Die Staatsanwaltschaft dünkte sich im (latenten) Bürgerkrieg und nahm mit ihrem Terrorismus-Vorwurf faktisch das simplifizierende, auf Exterritorialisierung des politischen Gegners zielende Freund-

Feind-Schema des berühmt-berüchtigten Carl Schmitt aus dem 20. Jahrhundert vorweg. Der Begriff Terrorismus selbst dürfte auf den sog. Grand Terreur der Jakobiner zurückgehen, also die historische Epoche, auf die Streckfuß in seinem historischen Werk das Schlaglicht gerichtet hatte. Im Nachmärz scheint der Begriff dann bei der Bekämpfung der revolutionären Gegner zunehmend in Gebrauch gekommen zu sein. So erklärte der preußische Justizminister bereits am 8. Dezember 1848, also drei Tage, nachdem die pseudoliberale preußische Verfassung von Friedrich Wilhelm IV. oktroyiert worden war, gegenüber den Präsidenten der Oberlandesgerichte daß "Beamte der Justiz, uneingedenk ihrer besonderen Berufspflichten, theils sich haben hinreißen lassen, theils nicht den Muth und die Unerschrockenheit gezeigt haben, womit allein dem Terrorismus mit Erfolg entgegenzutreten war"⁶⁹. Vor diesem Hintergrund - und wohl auch, weil die Paragraphen 91 und 92 des Allgemeinen (Preußischen) Landrecht von 1794 den Tatbestand des "Staatsverbrechens" bei "Beleidigung" des "Staates oder seines Oberhauptes" bzw. "Verletzung der Ehrfurcht gegen den Staat" kannten (und damit übrigens die nominellen Freiheitsrechte der oktroyierten Verfassung vom Dezember 1848 kräftig relativierten)⁷⁰ - war sich die Staatsanwaltschaft des Gewichts ihrer ‚Argumente‘ offenbar sicher.

Um so bemerkenswerter ist, mit welchem Selbstbewusstsein die Richter und Geschworenen⁷¹ des Kammergerichts gegenüber den Zumutungen des Staatsanwaltes Rückgrat zeigten. Doch zunächst zum Auftritt des Angeklagten selbst. Streckfuß saß seit Mitte August 1851 in Untersuchungshaft. Der Prozess gegen ihn erregte in Berlin ungemeines Aufsehen. Der Zuhörerraum war "dicht gefüllt", als der Angeklagte, "blaß" und von der Haft "angegriffen", gegen 10 Uhr vormittags auf die Anklagebank geführt wurde. Streckfuß, so berichtet der "Publicist" vom folgenden Tage über den Prozess vom 11. September 1851, erklärte nach Verlesung der Anklage, "er gestehe ein, dass es seine Absicht gewesen sei, Propaganda für die demokratische Idee zu machen. ... Er sei nie für einen gewaltsamen Kampf gewesen. ... Ein gewaltsamer Kampf werde von ihm auch jetzt nicht gewünscht, sondern ein geistiger. ... Was Robespierre anlange, den er als warmen Patrioten mit weichem Gemüthe bezeichnet, so wisse er wohl, dass Denjenigen, die mit der französischen Revolutionsgeschichte nicht genau vertraut seien, Robespierre, Marat, Saint-Juste u.A. als furchtbare Gestalten erschienen. Ihm selbst sei es ebenso ergangen. Wenn man aber der Geschichte näher nachforsche und sich mit den Quellen bekannt mache, aus denen die meisten Geschichtswerke jener Zeit entstanden seien, so müsse man anderer Meinung werden. Die Geschichte der französischen Revolution sei aus höchst unlautern und parteiischen Quellen entstanden. Was für ein Werk würde z.B. daraus entstehen, wenn man die Geschichte unsrer Zeit schreiben und [lediglich die] ‚Neue Preußische Zeitung‘⁷² ... benutzen wollte!

Robespierre, Marat, Saint-Juste seien ein halbes Jahrhundert hindurch verleumdet worden; man habe sie immer nur als Ungeheuer, als blutgierige Tyrannen dargestellt. Er habe bei seinem Studium der französischen Revolutionsgeschichte gefunden, dass jene Männer mit ihrer ganzen und vollen Ueberzeugung nur der Freiheit gedient hätten. Durch eine unparteiische Behandlung des geschichtlichen Stoffes habe er ihnen wollen Gerechtigkeit widerfahren lassen.”

Im fortschrittsoptimistischen Bewusstsein dessen, der glaubt, dass ‚die Geschichte‘ auf seiner Seite stehe, machte Streckfuß gar nicht erst den Versuch, eine positive Darstellung der Jakobiner in seinem Werk zu leugnen. Aufschlussreich ist auch seine - wenn man so will: zeitlose - Kritik des Negativ-Mythos, den konservative und auch liberale Revolutionsgegner um die jakobinische Phase der Großen Französischen Revolution errichtet hatten (und der mitunter heute noch seine Wirkung zeigt). Richter und Geschworene waren von der Aufrichtigkeit des Angeklagten beeindruckt: „Die Geschwornen berathen $\frac{3}{4}$ Stunden. Der Wahrspruch lautet: Nein, der Angeklagte ist nicht schuldig. Der Präsident spricht darauf den Angeklagten frei und verfügt seine sofortige Entlassung. Das Publikum war der Verhandlung mit lebendiger Theilnahme gefolgt. Bei Publikation des freisprechenden Urtheils machte sich diese Theilnahme in einigen ‚Bravos‘ Luft. Der Präsident ließ eine Frau deßhalb verhaften und auf sechs Stunden ins Gefängniß führen.“⁷³

Die letzten Sätze aus dem nüchternen Bericht des „Publicisten“ zeigen zweierlei, nämlich erstens die Popularität, die Streckfuß in seiner Heimatstadt Berlin besaß und die Begeisterung, mit der die offenbar zahlreiche Zuhörerschaft den (auch) politischen Sieg von Streckfuß feierte. Wichtiger noch ist zweitens das durchaus rechtsstaatlich zu nennende Bewusstsein sowie die politische Liberalität, die Richter und Geschworene mit ihrem Urteil zum Ausdruck brachten und die bis in die erste Hälfte der fünfziger Jahre hinein weite Teile der preußischen Richterschaft charakterisiert hat, obwohl auch in ihren Köpfen „das Schreckbild der französischen Revolutionsgeschichte“ durchaus präsent war.⁷⁴

Berufsverbot und Tabakladen

Von der Anklage des (versuchten) Hochverrats war Streckfuß freigesprochen worden. Gänzlich ungeschoren kam er dennoch nicht davon. Einige Monate später ging es in einem zivilgerichtlichen Prozeß um Druck und Verbreitung seiner Schriften. Am 20. Februar 1852 sprach das Schwurgericht des Königlichen Stadtgerichtes von Berlin sein Urteil, „dass alle vorfindlichen Exemplare der von dem Literaten Streckfuß herausgegebenen Schrift ‚Die große französische Revolution und die Schreckensherrschaft‘

zu vernichten und die Kosten des Verfahrens außer Ansatz zu lassen.“ Die Begründung unterschied sich lediglich graduell von den Ausführungen des Staatsanwaltes am 11. September 1851. Streckfuß habe seiner “Bewunderung für die französischen Revolutionsmänner, Beifall für die demokratische Herrschaft derselben” unmissverständlich zum Ausdruck verliehen, insbesondere die “Ermordung des Kommandanten der Bastille ..., die Aufstände des Landvolkes gegen die Landedelleute, den Zug nach Versailles und die dabei vorgefallenen Gewaltthaten als notwendige Acta der Volks-Justiz dargestellt”. Ludwig XVI. dagegen und dessen Anhänger habe er – ein besonderer Frevel in der Hohenzollernmonarchie – als “hinterlistig, erbärmlich und heuchlerisch” bezeichnet. Durch deren “Verrath, Hinterlist und Heuchelei [sei] das Volk betrogen und durch eine drückende Slaverie der Hass desselben bis zu einem solchen Grade erregt [worden], dass dieser endlich im Augenblick des Sieges in furchtbarer Volks-Justiz sich hätte Luft machen müssen.” Wie bereits fünf Monate zuvor wurde Streckfuß ferner die “Bereitwilligkeit zur Nacheiferung” des revolutionären Grand Terreur 1792 bis 1794 vorgehalten.⁷⁵ Auf Termini wie “Terrorismus”, “Befürwortung von Terrorismus” usw. verzichteten die Richter allerdings wohlweislich: Sie hätten einen Prozess gegen den Verfasser des inkriminierten Werkes wegen Hochverrats notwendig gemacht; das war jedoch nach dem Freispruch vom 11. September 1851 eigentlich nicht mehr möglich.

Dies focht den auf die unbedingte Verfolgung aller politischen Gegner fokussierten preußischen Staat allerdings nicht an. Auf den Druck des Staatsministeriums verurteilte das Berliner Stadtgericht Streckfuß am 26. April 1853 nicht nur zur Vernichtung sämtlicher seiner Schriften, sondern auch zu sechs Monaten Gefängnis, “wegen öffentlicher Rechtfertigung und Angreifung von Handlungen, welche in den Gesetzen als Verbrechen und Vergehen bezeichnet sind”, als da wären “Majestäts-Beleidigung, Hochverrath, Mord, Aufruhr, militairischer Aufruhr, Meuterei, Untreue im Heer”. Streckfuß ging in Berufung vor das Kammergericht. Geschworene und Richter hier wagten – im Unterschied zum Prozeß eineinhalb Jahre zuvor – keinen Widerspruch mehr; sie bestätigten das Urteil der ersten Instanz und sprachen “den Angeklagten lediglich aus dem Grund der Verjährung frei”.⁷⁶ In der Folgezeit achtete die Obrigkeit sorgsam darauf, dass das Verbot der von Streckfuß verfassten politischen und historischen Schriften auch penibel befolgt wurde.⁷⁷ Ihm war damit und aufgrund der in der Folgezeit deutschlandweit verschärften Restriktionen⁷⁸ die Existenzgrundlage als Schriftsteller und ebenso als Journalist⁷⁹ faktisch entzogen worden. Obgleich das preußische Reaktionsministerium mit seiner Politik der “Reetablierung des traditionellen Musters politischer und sozialer Kontrolle” (Dirk Blasius) schließlich erfolgreich war und die widerständisch-liberale Haltung vieler Richter an preußischen Gerichten schließlich weitgehend

gebrochen werden konnte, blieb Streckfuß von unmittelbarer Repression gegen seine Person in der Folgezeit weitgehend verschont. Vorübergehend festgenommen wurde er nach seinem Prozess vom September 1851 'lediglich' im Rahmen der Verhaftungswelle der so genannten Ladendorff'schen Verschwörung im Frühjahr 1853, die sich gegen Repräsentanten der frühen organisierten Arbeiterbewegung wie der bürgerlichen Demokratie richtete. Da ihm eine Verschwörung zum Sturz der Monarchie nicht nachgewiesen werden konnte - übrigens auch den anderen Angeklagten nicht, von denen dennoch einige zu längeren Haftstrafen verurteilt wurden - , musste er schon bald auf freien Fuß gesetzt werden.⁸⁰

Im Unterschied zu vielen anderen Demokraten, die Anfang der fünfziger Jahre ins Exil getrieben wurden, blieb Streckfuß allerdings in Berlin, orientierte sich beruflich (scheinbar) um und baute sich eine neue Existenz auf. Grundlage dafür bot ihm offensichtlich das Vermögen seines 1844 verstorbenen Vaters. Es bildete das Anfangskapital für die Gründung von zunächst zwei Tabakläden. Ende 1852 eröffnete er ein drittes und im Frühjahr 1854 schließlich ein viertes Tabakgeschäft, "in größerer Ausstattung angelegt".⁸¹ Dass sie schon bald prosperierten, kann wenig überraschen: Zum einen bot Streckfuß seine Tabakwaren billiger an als die Konkurrenz. Darüber hinaus profitierte er davon, daß die bereits vor der Berliner Märzrevolution faktisch durchgesetzte, Ende des Monats dann auch förmlich eingeräumte Freiheit des Rauchens auf öffentlichen Plätzen und Straßen die einzige Freiheit war, die nach dem November 1848 blieb - und ostentatives Rauchen in der Öffentlichkeit zur auch politischen Geste wurde. Das war ein Faktum, das in der "Roten Hochburg" Berlin den Umsatz an Zigarren erheblich verbesserte und den Tabakläden eines Händlers, der zugleich als entschiedener Demokrat stadtbekannt war, zusätzlich begünstigte.

Tabakläden - das sollte auch die Geschichte der Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz dreißig Jahre später zeigen - konnten hochpolitische Einrichtungen sein. Sehr zum Ärger der Berliner Polizei galt dies auch für die Streckfuß'schen Geschäfte. Sie würden auch "anderen Zwecke dienen - zur Aufnahme demokratischer Zusammenkünfte".⁸² Über regelmäßige Treffen der in den Untergrund gedrängten Demokraten hinaus ging Streckfuß außerdem gezielt daran, seine Läden zu selbstverständlichen Treffpunkten von Berliner Bevölkerungsgruppen zu machen, deren Sympathie für die revolutionäre Demokratie sprichwörtlich war. So eröffnete er sein drittes Tabakgeschäft ganz bewusst in der Chausseestraße, d.h. der zentralen Verbindung zwischen dem Berliner Zentrum und Moabit vor den Toren der preußischen Hauptstadt, wo die Fabriken des August Borsig mit weit mehr als tausend Arbeitern sowie einige andere Maschinenbauanstalten standen. Auf die Maschinenbauer, die 1848 zum Inbegriff des frühen, links orientierten Industrieproletariats geworden waren, zielte Streckfuß, als er

am 15. Dezember 1852 in der demokratisch orientierten Berliner *Urwähler-Zeitung*⁸³ die Eröffnung seines neuen Ladens anzeigte und den "Herren Maschinenbauern ... bei billigen Preisen eine gute alte Waare" offerierte.

Streckfuß beschränkte sich freilich nicht darauf, Zigarren und andere Tabakwaren zu verkaufen und seine Geschäfte den Berliner Demokraten und Arbeitern als politischen Kommunikationsknotenpunkt anzubieten. Der "schönggeistige Revolutionair aus Berlin", wie er von der Berliner Polizei auch titulierte, war anscheinend des öfteren auf Reisen und galt den kommunalen und staatlichen Behörden Preußens als "Commis voyager der Propaganda" der demokratischen Partei. Insbesondere habe er sich "im Jahre 1851 in London [und] im Jahre 1855 in Paris sehr bemerklich" gemacht.⁸⁴

Auf dem linken Flügel des "Fortschritts"

Mit Beginn der sog. Neuen Ära, die mit der Übernahme der Regentschaft des späteren Königs und Kaisers Wilhelm I. - der sich vor allem im Frühjahr und Sommer 1849 den wenig schmeichelhaften Beinamen "Kartätschenprinz" erworben hatte⁸⁵ - an Stelle des geistig verwirrten Friedrich Wilhelm IV. am 7. Oktober 1858 und der Entlassung des reaktionären Ministeriums v. Manteuffel einsetzte, konnte Streckfuß dann auch in der Preußenmetropole politisch offen agieren. An den Wahlen zum Preussischen Abgeordnetenhaus habe er sich "sehr stark beteiligt", heißt es in einem Polizeibericht vom 29. Januar 1859⁸⁶. Für diese Wahlen, die mit einem überwältigenden Sieg der Liberalen endeten⁸⁷, habe Streckfuß "neue Partheigenossen um sich versammelt, die bei den Wahlen dahin strebten, nur Wahlmänner zu wählen, deren politisches Glaubensbekenntnis ihren Gesinnungen entsprachen und also der äußersten Linken angehören sollten." Diese Wahlmänner hatten - nach dem weiterhin herrschenden indirekten Drei-Klassen-Wahlrecht - nach der Wahl durch die Urwähler ihrerseits die Abgeordneten zu bestimmen. Streckfuß wollte es nicht bei der bloßen Wahl belassen. Ganz in den Traditionen der demokratischen Bewegung von 1848/49 begann er eine Organisation aufzubauen, die die Tätigkeit der Abgeordneten kritisch begleiten und diese zur Rechtfertigung ihrer Politik veranlassen sollte. So sei Streckfuß, heißt es in dem Polizeibericht weiter, "das Haupt einer solchen Parthei von etwa 70 Mitgliedern, welchen er den Vorschlag gemacht haben soll, sich während der Kammer-sitzungen in dem kleinen Saale des in der Artilleriestraße belegenen Bierlokals von Sommer zu versammeln, um über die einzelnen Persönlichkeiten und Reden im Abgeordnetenhaus zu sprechen, und um darüber klar zu werden, welche von den jetzigen Vertretern ihrer Parthei angehörten und am meisten den Weg verfolgten, den sie einzuschlagen für nöthig hielten".

Wie schon 1848 bis 1850 war Streckfuß also erneut emsig dabei, eine demokratische Parteiorganisation in einem modernen Sinne aufzubauen: Die Abgeordneten sollten, einmal gewählt, anschließend nicht nur ihrem – tatsächlichen oder vermeintlichen – Gewissen verantwortlich sein, sondern auch einer außerparlamentarischen Parteiorganisation, die ihrerseits die parlamentarische Tätigkeit ‚ihrer‘ Abgeordneten in breiten Bevölkerungsschichten popularisierte. Folgerichtig wolle der Vollblutpolitiker Streckfuß, so wusste der Polizeiinformant abschließend zu berichten, denn auch „sein Cigarren-geschäft aufgeben und dafür wieder Literat werden und so für seine Parthei wirken.“

Das tat Streckfuß denn auch: Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre stand Streckfuß einem „Vorstädtischen Handwerkerverein“ vor⁸⁸, der offenbar Traditionen des 1844 gegründeten und Anfang der fünfziger Jahre aufgelösten liberaldemokratischen Handwerkervereins fortführen sollte⁸⁹, ebenso einem „Volksthümlichen Wahlverein“. Als Herausgeber der Zeitung des „Vereint Vorwärts“, der Zeitung des „Vorstädtischen Handwerkervereins“, war Streckfuß erneuten Repressalien ausgesetzt, die ihn schließlich zur Aufgabe dieser Funktion veranlassten.⁹⁰

Dennoch schien Streckfuß 1861 an das Ziel seiner Wünsche gekommen zu sein. Am 6. Juni 1861 separierte sich die linke, zum neuen Staatsministerium⁹¹ in Opposition stehende Strömung der preußischen Liberalen auch organisatorisch in Berlin zur „Deutschen Fortschrittspartei“, die die Pläne des neuen Königs und vormaligen Kartätschenprinzen zu einer „Reorganisation“ und Erweiterung der Armee vehement ablehnte und sich gleichzeitig die deutsche Einigung unter preußischer Führung auf die Fahnen geschrieben hatte. Zu den prominenten Repräsentanten der Linksliberalen von 1861 gehörte neben Schulze-Delitzsch – mit dem Streckfuß Mitte 1849 eine Denkschrift der preußischen Demokraten gegen die Einführung des Drei-Klassen-Wahlrechts abgefasst hatte⁹² – Rudolf Virchow, Benedikt Waldeck, Johann Jacoby und anderen Demokraten des Jahres 1848 auch Adolph Streckfuß. Im Unterschied zu den Vorgenannten stellte sich Streckfuß allerdings nicht für das Preußische Abgeordnetenhaus zur Wahl, bei der der „Fortschritt“ Ende 1861 einen glänzenden Erfolg feiern konnte, sondern für die Berliner Stadtverordnetenversammlung. Dort wirkte Streckfuß seit 1862 – auf dem linken Flügel. Als Demokrat, der seinen 1848 entwickelten Grundsätzen treu blieb, fand er freilich schon bald auch innerhalb seiner Partei, des „Fortschritts“, kaum noch politische Unterstützung.

Dies zeigte sich, als er sich Mitte der sechziger Jahre beharrlich, aber vergeblich für Wahlgerechtigkeit einzusetzen begann: Das städtische Parlament wurde – ähnlich wie das Preußische Abgeordnetenhaus – nach einem Drei-Klassen-Wahlrecht gewählt, das die einzelnen Stimmen nach dem geschätzten Steueraufkommen gewichtete. Nicht genug damit, wurden die

Wähler der dritten Klasse vielfach zusätzlich durch das Bevölkerungswachstum Berlins und die ja nach Stadtteilen sehr ungleiche Einwohnerdichte benachteiligt. Je nach Wahlkreis schwankte der "Wählerschlüssel pro Mandat" 1854 in der ersten Klasse zwischen 28 und 214, in der dritten Klasse zwischen 418 und 1875 Wählern. Angesichts einer wachsenden „Gentrifizierung“ Berlins im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts - einer rasch wachsenden Polarisierung in proletarisch und bürgerlich geprägte Stadtteile vor dem Hintergrund der forcierten Industrialisierung - wuchsen diese Streuungsdifferenzen in der Folgezeit: Zwölf Jahre später hatte sich die Streuungsbreite des "Wählerschlüssels pro Mandat" für die erste, ohnehin privilegierte Wahlklasse auf 18 bis 197 Wähler ermäßigt, für die dritte Klasse - in der die Unterschichten konzentriert waren - dagegen auf 400 bis 4653 (!) Wähler weiter erhöht.

Streckfuß wollte sich mit dieser Ungerechtigkeit nicht abfinden.⁹³ Als Realpolitiker hatte er sich zwar auf das kommunale Drei-Klassen-Wahlrecht eingelassen. Die bestehenden Wahlbezirke wollte er jedoch neu und gerecht gliedern, und anschließend Neuwahlen ausschreiben lassen. An der rhetorisch dem "Fortschritt" verpflichteten Mehrheitsfraktion innerhalb der Stadtverordnetenversammlung prallte Streckfuß' Initiative jedoch ab; er befand sich mit seiner Initiative "in völliger Isolation"⁹⁴. Auch an anderen politischen Fronten war Streckfuß kein Erfolg vergönnt. So wollte ihn der linke Flügel der "Deutschen Fortschrittspartei" in Berlin zum Kandidaten der Ende Oktober 1863 anstehenden Abgeordnetenhauswahlen zum aussichtsreichen - Kandidaten aufstellen. Die Mehrheitsströmung wusste dies zu verhindern und stellte Hermann Schulze-Delitzsch auf, der nun nicht nur in Barmen-Elberfeld, sondern auch im 3. Berliner Wahlkreis gewählt wurde.⁹⁵

In den folgenden zwei Jahrzehnten scheint Streckfuß politisch allmählich resigniert zu haben. Zwar fungierte er von 1871 bis 1877 als leitender Redakteur der nach der Konstituierung des Bismarck'schen Reiches von Rudolf Mosse gegründeten "Berliner Tageblattes".⁹⁶ Außerdem wurde er 1872 zum unbesoldeten Stadtrat (für Schulwesen und Sozialfürsorge) gewählt, ein Amt, das er bis 1878 innehatte.⁹⁷ Das Schwergewicht seiner Aktivitäten verlegte er jedoch auf die schriftstellerischen Tätigkeiten. Hintergrund dieses Rückzuges in ein zunehmend unpolitisches Schriftstellerdasein mag seine Distanz gegenüber der frühen Sozialdemokratie gewesen sein, die dem linksliberalen Fortschritt - und hier nicht zuletzt dessen linken Flügel, den Streckfuß repräsentiert hatte - politisch zunehmend das Wasser abgrub. Den Weg zur sozialistischen Arbeiterbewegung fand Streckfuß, der immer, auch als radikaler Demokrat Anfang der fünfziger Jahre auf eine - sozial übergreifende - „Volkseinheit“ gesetzt hatte, nicht.⁹⁸

Von 1863 bis 1865, also bereits vor seiner Initiative als Stadtverordneter,

die Ungerechtigkeiten des Drei-Klassen-Wahlrechts durch eine gerechtere Wahlkreiseinteilung wenigstens zu dämpfen, hatte er eine vierbändige Weltgeschichte zu Papier gebracht, die 1879 eine zweite Auflage erlebte (heute allerdings vergessen ist). Neben weiteren Arbeiten zur Berliner Stadtgeschichte veröffentlichte er 1864 sein Hauptwerk "Vom Fischerdorf zur Weltstadt. 500 Jahre Berliner Geschichte", das mehrere Auflagen erlebte, auch nach seinem Tode fortgeführt wurde und ihn unter den Zeitgenossen berühmt machte.⁹⁹ Das politische Erkenntnisinteresse, das seine Analyse der Großen Französischen Revolution 1849/50 geleitet hatte, wich allerdings zunehmend einer tendenziell unpolitisch verstandenen Geschichtsschreibung. Selbst sein Hauptwerk "Vom Fischerdorf zur Weltstadt", in dem er aus seiner Sympathie für die demokratische Bewegung 1848 keinen Hehl gemacht hatte, konnte dem Lokal-Anzeiger im Nekrolog nun als Buch gelten, das "das Interesse für die Heimathkunde und heimathliche geschichtliche Erinnerung weckte und wach hielt."

Tatsächlich verstärkte sich in der Folgezeit der Zug ins Unpolitische. In den siebziger Jahren brachte der enorm produktive Streckfuß "fast jedes Jahr einen neuen Roman auf den Büchermarkt"¹⁰⁰, die in erster Linie der Unterhaltung dienen sollten und heute nur mehr literaturwissenschaftlichen Spezialisten bekannt sind. Bemerkenswert ist, dass er zu den ersten Kriminalschriftstellern im deutschen Raum gehörte.¹⁰¹ Politisch jedenfalls trat Adolph Streckfuß in den letzten Lebensjahren nicht mehr öffentlich hervor.

Adolph Streckfuß starb am 11. Oktober 1895 in Berlin. Beerdigt wurde er auf dem seit 1735 bestehenden Evangelischen Friedhof I der Jerusalems-Neuen Kirche in der Kreuzberger Zossener Straße. Der Berliner "Lokal-Anzeiger" glaubte den am verstorbenen 48er-Demokraten mit den Worten würdigen zu können: "ausgesöhnt mit den politischen Verhältnissen lebte er in den letzten Jahren ruhig und friedlich wie ein alternder Cato". Im diesem Nachruf klingt freilich an, daß ihn auch in den letzten Lebensjahren weiterhin der ‚Geist von 1848‘ umwehte: "wenn die reckenhafte Gestalt unter den Bekannten und politischen Freunden auftauchte, dann ging durch die Versammlung ein Hauch jenes Freiheitsgeistes, der selbst dem politischen Gegner Hochachtung einflößte".

Die Hoffnung des "Lokal-Anzeigers", "das deutsche Volk wird sich Adolf Streckfuß stets als eines volksthümlichen Erzählers auf historischem und novellistischem Gebiete in Liebe und Dankbarkeit erinnern", blieb freilich vergeblich. Als Romancier und Novellist ist er heute vergessen. Ihn als aufrichtigen und beharrlichen Demokraten, als Organisationstalent und Pionier des modernen Parteiwesens ins historische Gedächtnis zurückzurufen, war eine Absicht der vorliegenden biographischen Studie.

Anmerkungen

- 1 Zum Nachweis dieser Zitate vgl. unten.
- 2 Der zweite Name "unseres" Streckfuß war "Carl"; korrekt lautet sein Name mithin "Adolf Carl Streckfuß". Nicht zufällig wählte Streckfuß deshalb später bisweilen das Pseudonym "Adolph Carl". Verwirrend ist die Reihung der Vornamen indes, weil der Vater, dessen politische Haltung im folgenden angedeutet wird, seinerseits auf den Namen "Adolph Friedrich Carl Streckfuß" hörte. Der Einfachheit halber wird hier deshalb der Vater nach dem Rufnamen als "Carl Streckfuß", der Sohn als "Adolph Streckfuß" bezeichnet.
- 3 Die intern wiederum vielfältig aufgesplitterten Demokraten und Linksliberalen ließen sich 1848 und auch in der Folgezeit kategorial nur schwer voneinander trennen. Organisatorisch ‚stellvertretend‘ steht hierfür der "Verein für Volksrechte", der eine Separation vom liberalen Konstitutionellen Klub war, sich in der Folgezeit zu einem der wichtigsten demokratischen Vereine Berlins entwickelte und dem Streckfuß führend angehörte. Vgl. die folgenden Ausführungen. Die Grauzonen zwischen Linksliberalen und Demokraten waren ebenso fließend wie die zwischen Demokraten und Sozialisten. Man mag auch von "blauen" Demokraten, die wie Streckfuß auf eine schichtenübergreifende ‚Volks-einheit‘ setzten, in ihrer politisch-sozialen Grundorientierung jedoch ‚bürgerlich‘ blieben, und von "roten" Demokraten sprechen, denen es vor allem um die politische Partizipation des entstehenden Proletariats sowie dessen soziale Absicherung ging und die über lang oder kurz den Weg zum Sozialismus oder Frühkommunismus fanden. Aber auch diese Kategorisierung kann individualbiographisch erhebliche Probleme aufwerfen (z.B. bei Johann Jacoby).
- 4 1833 hatte das Innenministerium einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Einteilung der in Preußen ansässigen Juden in zwei Kategorien vorsah: in "nützliche", also wohlhabende und gebildete Juden, die bis auf wenige Einschränkungen die Bürgerrechte erhalten sollten, und die überwiegende Mehrheit der Juden, denen jegliche Bürgerrechte verweigert werden sollten. Dieser Entwurf löste unter Liberalen und Demokraten einen Sturm der Empörung aus. Carl Streckfuß nun, zu diesem Zeitpunkt preußischer Oberregierungsrat, unternahm es, den Entwurf in einer Broschüre zu rechtfertigen, u.a. mit dem Bemerkten, dass eine Gleichstellung aller Juden frühesten in dreißig Jahren zu erreichen sei.
- 5 Vgl. Rolf Weber, *Das Unglück der Könige ... Johann Jacoby 1805-1877*, Berlin 1987, S. 36; ferner Horst Denkler, "Erzdemokrat" und "Volksschriftsteller": Adolf Streckfuß (1823-1895), in: Ders. (Hrsg.), 1848. *Adolf Streckfuß. Die März-Revolution in Berlin. Ein Augenzeuge erzählt*, Köln 1983, S. 11-33, hier: S. 18.
- 6 Vgl. Denkler, "Erzdemokrat" und "Volksschriftsteller", zum Vater: S. 15ff. Denklers Einführung in Leben und Wirken von Streckfuß ist eine von zwei biographische Studien zu dem in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts promi-

nennten Demokraten und Linksliberalen. Die zweite biographische Skizze findet sich im Nachwort von Hartmut Boger und Hellmut G. Haasis zum Reprint (Giessen 1977) von: Adolf Streckfuß, *Die Demokraten. Politischer Roman in Bildern aus dem Sommer 1848* (Nachdruck der Ausgabe von 1851). Denker wie Boger/Haasis, denen die im folgenden herangezogenen Akten aus dem Landesarchiv (und ehem. Ost-Berliner Stadtarchiv) sowie dem Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz offenbar nicht zur Verfügung standen, würdigen vor allem das publizistische Wirken von Streckfuß, das hier deshalb nicht ausführlicher thematisiert wird. Zu Streckfuß vgl. ferner die biographische Annotation von Ulla Jung, *Chronist der Revolution*, in: *Aktion 18. März* (Hrsg.). Aufruf – Heraus zum 18. März, Jg. 12, 2009, S. 4.

- 7 Nach: Johann Friedrich Geist/Klaus Kürvers, *Das Berliner Mietshaus. Bd.I: 1740-1862. Eine dokumentarische Geschichte der 'von Wülknitzschen Familienhäuser' vor dem Hamburger Tor, der Proletarisierung des Berliner Nordens und der Stadt im Übergang von der Residenz zur Metropole*, München 1980, S. 243. Dort (S. 9-25, 214-248) findet sich eine vorzügliche Darstellung auch der Vor- und Wirkungsgeschichte des Königs-Buches von Bettine v. Arnim. Der der Sympathien für den Communismus geziehene "scheußliche Teufel" war übrigens nicht B. v. Arnim, sondern ein damals völlig unbekannter junger Mann namens Heinrich Grunholzer. Grunholzer (1819-1873), seit 1838 Lehrer in der Nähe von Zürich, kam im Sommer 1842 für eine Art Bildungsurlaub nach Berlin, wo er im Auftrage B. v. Arnims die erwähnte Sozialreportage im Berliner "Voigtland" durchführte. Seit 1843 erneut Lehrer in der Schweiz, später Schuldirektor und aufgrund seiner fortschrittlichen pädagogischen Ansätze zeitweilig erheblicher Repression ausgesetzt, avanciert er Mitte der fünfziger Jahre zu einem der wichtigsten eidgenössischen Bildungspolitiker: 1854 als Linksliberaler in den "Großen Rat" gewählt, arbeitet er 1856 maßgeblich an dem noch heute in den Grundzügen gültigen Schweizer Unterrichtsgesetz mit und wird 1863 schließlich "Nationalrat". Ob Streckfuß und Grunholzer (nicht ganz unwahrscheinlich) sich gekannt haben, ließ sich nicht eruieren.
- 8 Adolph Streckfuß, *500 Jahre Berliner Geschichte. Vom Fischerdorf zur Weltstadt*, Berlin 1879², S. 938.
- 9 Adolph Carl, *Das freie Preußen. Geschichte des Berliner Freiheitskampfes vom 18. März 1848 und seine Folgen*, Bd.1: Vom 18. März bis 22. Mai, Berlin 1848, S.75, 82.
- 10 Johann Ulrich Furrer, *Schweizerländli 1848. Das Tagebuch eines jungen Sternenbergers*. Hrsg. Judit Ganther-Argay/Peter Ganther-Argay, Stäfa 1998, S. 23f.
- 11 Insbesondere die Anmaßung der "deutschen Hegemonie" war für ihn "die einzige Möglichkeit für dasselbe, noch einen Schein von Glanz zu bewahren". Alle Zitate aus: Brief Rudolf Virchows an seinen Vater, 24.3. 1848, in: Ders., *Briefe an seine Eltern 1839-1864*. Hrsg. Marie Rabl, geb. Virchow, Leipzig 1906,

- S. 139, bzw. Rolf Weber (Hrsg.), *Revolutionsbriefe 1848/49*, Frankfurt a.M. 1973, S. 87.
- 12 So ist bezeichnend, dass der Mitte Juni 1848 gegründete Berliner "Republikanische Klub", dem Virchow in führender Position angehörte, keine größere Resonanz fand (vgl. Rüdiger Hachtmann, *Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution*, Bonn 1997, S. 363, 626f.).
- 13 Mitte Juli 1848 kam - als fünfter demokratischer Klub - der "Demokratische Urwählerverein" hinzu. Zum demokratischen Vereinsspektrum Berlins im Jahre 1848 sind außerdem der "Sozialverein" Friedrich Wilhelm Helds, einige landsmannschaftliche Klubs demokratischer Couleur sowie das Gros der insgesamt etwa sechzig, politisch oftmals sehr aktiven Bezirksvereine zu rechnen. Später traten weitere Vereine, namentlich der Demokratische Bürgerwehr-Klub sowie der Militär-Reform-Verein, dem Streckfuß vorstand (vgl. weiter unten), hinzu. Zum Vereinswesen ausführlich: Hachtmann, *Berlin 1848*, bes. S. 272-288, 514-518, 605-650.
- 14 Karl Gustav Jacob Jacobi (1804-1851), ursprünglich jüdisch, später evangelisch, war von 1826 bis 1830 Privatdozent, seit 1830 außerordentlicher Professor für Mathematik und von 1837 bis 1843 ordentlicher Professor an der Universität Königsberg sowie seit 1842 Mitglied der preußischen Akademie der Wissenschaften Berlin. Seit 1844 zog er wegen einer Erkrankung nach Berlin um. Seit 25. Mai 1848 Sprecher des Vereins für Volksrechte trat er am 19. Juni wegen politischer Differenzen aus dem Verein aus. Nach Boger/Haasis (Teilnehmer, Chronist und Kritiker, S. 431), die aus K.G.J. Jacobi freilich fälschlicherweise Johann Jacoby machen, waren es vor allem Kontroversen mit Streckfuß, die Jacobi zum Ausscheiden aus dem Verein für Volksrechte bewogen; welcher Art diese Kontroversen waren, wird dort nicht vermerkt. Im Mai 1848 kandidierte Jacobi außerdem vergeblich als Abgeordneter zur Deutschen Nationalversammlung. Mitte Juni 1848 wurde sein Antrag, zum ordentlichen Professor berufen zu werden, wegen seiner politischen Aktivitäten durch die Fakultät für Philosophie der Universität Berlin abgelehnt. 1850 erhielt Jacobi einen Ruf an die Universität Wien. Er verstarb jedoch vor der Übersiedlung nach Wien.
- 15 Adolph Streckfuß, *Die Organisation der Volkspartei in Berlin*, Berlin 1849, S.3f.; vgl. auch ders., *Berlin im 19. Jahrhundert*, Bd. 4, Berlin o.J. [1869], S. 485f.
- 16 Die Radikalität des Demokratischen Klubs, so erklärte Streckfuß 1849, habe "der Reaktion ein willkommenes Mittel zur Wiederherstellung der alten Zustände" geboten und "den Bürgerstand mehr und mehr zurück" an die Seite der Konservativen getrieben (Streckfuß, *Die Organisation*, S. 4). Dass hinter der politischen Polarisierung in zunehmend radikaldemokratisch geprägte Angehörige der Unterschichten und ein ins konservative Lager abdriftendes Bürgertum - auch - soziale Interessenunterschiede standen, hat Streckfuß nicht thematisiert.

- 17 Diese Kritik ist noch in der zweiten Auflage der Streckfuß'schen "500 Jahre Berliner Geschichte" (S. 1089-1093) spürbar, etwa wenn er dort gefickt, dass neben der Rechten und dem Zentrum "selbst viele von der Linken wohl gewünscht [hätten], daß ihnen die Gewissensfrage über die Anerkennung der Revolution nicht vorgelegt worden wäre". Für die "Ängstlichen", die lediglich "eine halbe Anerkennung der Revolution auszusprechen" wagten, hatte er kein Verständnis. Die "allgemeine Entrüstung", die die Ablehnung des Berend'schen Antrags unter den Berlinern nach sich zog, hielt er dagegen für mehr als verständlich, zumal Berends mit seinem Antrag "nur dem Wunsche seiner Wähler gefolgt" sei. Zu den Ereignissen um die Debatte des Berend'schen Antrags vom 9. Juni vgl. Hachtmann, Berlin 1848, S. 561-566.
- 18 Weitere Berliner Delegierte waren u.a. der promovierte Arzt und Journalist Adolph Hexamer (1824-1859) sowie der Junghegelianer und Journalist Eduard Meyen (1812-1870), Redakteur der demokratischen Zeitung "Reform" und führend im radikalen Demokratischen Klub Berlins. Hexamer und Meyen wurden auf dem Frankfurter Demokraten-Kongreß in den "Central-Ausschuß der Demokraten Deutschlands" gewählt.
- 19 Das auf diesem Kongress beschlossene Organisationsstatut (im Wortlaut in: Streckfuß, Freies Preußen, Bd. II: Vom 22. Mai bis 5. Dezember, Berlin 1849, S. 260ff.) sah u.a. vor, dass der jeweils vierteljährlich zu wählende Kreis-Ausschuss die Verbindung zum Central-Ausschuss wie die kontinuierliche Kommunikation zwischen den Vereinen sicherstellen sollte. Politische Initiativen konnte er nur durchführen, wenn die einzelnen Vereine dem zuvor zugestimmt hatten.
- 20 Neben Streckfuß (der den Volksklub vertrat) gehörten dem Kreis-Ausschuss Ludwig Eichler, Rudolf Schramm, T. Schönemann und E. Herzfeld an. Eichler (um 1815-1870) war im Vormärz zum Dr. phil. promoviert worden. Der Jurist Schramm (1813-1882), ein rheinischer Adliger und Studienkollege Bismarcks, gehörte dem Vorstand des Demokratischen Klubs an. Von August bis Dezember 1848 war er Abgeordneter der Preußischen Nationalversammlung, Schramm lebte nach der Revolution für ein Jahrzehnt im Londoner Exil. Er kehrte 1859 vorübergehend nach Preußen zurück, um sich einem Gerichtsverfahren wegen angeblicher Vergehen in der Revolutionszeit zu stellen, und kehrte nach seinem Freispruch wieder nach England zurück. Schramm mutierte Anfang der 60er Jahre zum Anhänger Bismarcks und ließ sich 1861 von Wilhelm I. "als deutschlandpolitischer Propagandist" gewinnen (vgl. Allgemeine Deutsche Bibliographie. Hrsg. Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften/Bayerische Staatsbibliothek, 56 Bde. Berlin 1875ff. [ADB], Bd. 37, S. 446ff.; Christian Jansen [Hrsg], Nach der Revolution 1848/49: Verfolgung, Realpolitik, Nationsbildung. Politische Briefe deutscher Liberaler und Demokraten 1849-1861, Düsseldorf 2004, S. 751). Der Landbaumeister T. Schönemann war Gründungsmitglied des Volksklubs, seit Anfang Juli außer-

dem stellv. Mitglied des Central-Ausschusses der Demokraten Deutschlands. Der Assessor E. Herzfeld gehörte seit Mai dem Vorstand des Vereins für Volksrechte an und war seit Spätsommer dessen Vorsitzender. Dem Kongress selbst präsiidierte Agathon Benary (1807-1861), Privatdozent an der Berliner Universität und im Revolutionsjahr Gründer sowie bis zu dessen Verbot Präsident des demokratischen Volksklubs. Von den insgesamt 14 Vereinen, die auf dem Kongress vertreten waren, kamen neun aus der preußischen Hauptstadt - unter ihnen auch der Verein der Maschinenbauer, denen Streckfuß in den fünfziger Jahren besonders verbunden sein sollte.

- ²¹ Streckfuß, Die Organisation, S.5.
- ²² Eduard Kiehnbaum nennt Köln und Aachen als Städte, in denen schon frühzeitig (auch) aus dem niederen Offizierskorps selbst heraus Forderungen nach einer fundamentalen Demokratisierung des Militärs erhoben wurden (vgl. Eduard Kiehnbaum, An der Seite des Volkes: Preußische Offiziere in der Revolution von 1848/49. Versuch einer Übersicht, in: Biographische Forschungen zu Akteuren der Revolution 1848/49. Pankower Vorträge: Kolloquium anlässlich des 160. Jahrestages der Revolution 1848/49, Teil 2, Berlin 2008, S. 26-35, hier: S. 28f.); vgl. auch (in der Einschätzung der ‚Anfälligkeit‘ der Offiziere für demokratische Ideen skeptischer) Marcel Seyppel, Die demokratische Gesellschaft in Köln 1848/49. Städtische Gesellschaft und Parteienentstehung während der bürgerlichen Revolution, Köln 1992, S. 153-156; Jonathan Sperber, Rhineland Radicals. The Democratic Movement and the Revolution of 1848-1849, Princeton 1991, bes. S. 245ff.
- ²³ Zum Stellenwert der preußischen Hauptstadt für die gesamteuropäische Revolution vgl. Rüdiger Hachtmann, Die Hauptstädte in der europäischen Revolution von 1848, in: Dieter Dowe/Heinz/Gerhard Haupt/Dieter Langewiesche (Hrsg.), Europa 1848, Revolution und Reform, Bonn 1998, S.455-491.
- ²⁴ Nach: Manfred Botzenhart, Deutscher Parlamentarismus in der Revolutionszeit 1848-1850 (=Handbuch zur Geschichte des Parlamentarismus), Düsseldorf 1977, S. 524. Ausführlich zum folgenden ebenda., S. 524-532.
- ²⁵ Hierzu vgl. Rüdiger Hachtmann, Die Potsdamer Militärrevolte vom 12. September 1848: Warum die preußische Armee dennoch ein zuverlässiges Herrschaftsinstrument der Hohenzollern blieb, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, Jg. 57, 1998, H. 2, S.333-369; ferner ders., Berlin 1848, S. 696f.
- ²⁶ Zitate: „Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen“, besser bekannt als „Vossische Zeitung“ (VZ), 18., 19. 9.1848.; „Berlinische Nachrichten von Staats- und gelehrten Sachen“ oder „Spencersche Zeitung“ (SZ), 19.9.1848; National-Zeitung (NZ), 19.9.1848; vgl. auch die von Gustav Julius herausgegebene radikaldemokratische „Berliner Zeitungshalle“ (BZH), 19.9.1848. Zu Julius vgl. Heinz Warnecke, Gustav Julius (1810-1851). Streiter für eine „Freie Presse“, in: Helmut Bleiber/Walter Schmidt/Susanne Schötz (Hrsg.), Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution

- von 1848/49, Bd. 1, Berlin 2003, S. 295-360.
- 27 Streckfuß, Freies Preußen, Bd. II, S.350; vgl. ferner VZ, 26.9., 10.10.1848. Varnhagen von Ense übertrieb allerdings, wenn er in einer Tagebuchnotiz vom 25. September davon sprach, daß "ganze Bataillone ihre Volksgesinnung förmlich gezeigt" hätten (Karl August Varnhagen v. Ense, Tagebücher. Bde.3 bis 7., Hrsg. Ludmilla Assing, Leipzig 1862/63², hier: Bd. 5, S.208 [vgl. dazu den Beitrag von Nikolaus Gatter in diesem Band]).
- 28 Vgl. Streckfuß, Freies Preußen, Bd. II, S.479.
- 29 Berliner Bürgerwehr-Zeitung. Nr. 7, 28.10.1848. Die SZ vom 25. Oktober sprach gleichfalls von einem "äußerst zahlreichen Besuch fast nur von Soldaten".
- 30 So die etwas unbestimmte Formulierung in der NZ, 26.10.1848; vgl. ferner VZ, 24.10.1848; SZ, 25.10.1848.
- 31 Neben einfachen Soldaten waren vor allem Leutnants und andere niedrige Offiziersränge mit den konkreten Verhältnissen wie den allgemeinen Strukturen oftmals höchst unzufrieden. Nicht zuletzt sie drangen auf substantielle Veränderungen - und wurden deshalb in der Folgezeit oft "unehrenhaft" entlassen. Nach Kiehnbaum (Preußische Offiziere 1848/49, S. 27) traf dies von den (1849) insgesamt 3092 Seconde-Lieutenants 242, also knapp zehn Prozent (7,8%). Tatsächlich dürfte dies nur die Spitze des Eisberges gewesen sein, da nicht jedes politische Engagement von Offizieren auf Seiten der Liberalen und Demokraten mit Entlassung geahndet wurde und vermutlich nicht wenige um einen "ehrenhaften" Abschied nachsuchten – und diesen auch erhielten. Zu vermuten steht, dass (vorsichtig geschätzt) etwa zwanzig bis dreißig Prozent der Mitglieder der niederen Offiziersränge mit der liberalen und demokratischen Bewegung der Revolutionszeit sympathisierten. Zur Resonanz der Revolution im Militär vgl. auch die Untersuchung von Sabrina Müller, Soldaten in der deutschen Revolution von 1848, Paderborn u.a. 1999, z.B. S. 172, 174f. Bei ihr und ebenso bei manchen anderen wird - so die Unzufriedenheit von Soldaten und Offizieren in der Revolutionsforschung überhaupt ein Thema ist - allerdings in der Regel auf das Rheinland und die außerpreußischen deutschen Staaten verwiesen. Für die Hohenzollernmonarchie wird zumeist die These vertreten, das Militär sei gegenüber demokratischen Ideen weitgehend immun geblieben - und damit ein Preußenmythos kolportiert, den Hohenzollernkrone und Armeeführung während der Folgezeit in einer rührigen Militärpublizistik, aber auch mit Kriegerdenkmälern, -feiern etc. systematisch produziert haben. Gedeihen konnte und kann dieser Mythos, weil der überwiegende Teil der einschlägigen Akten im Militärarchiv Potsdam infolge eines Angriffes am 14. April 1945 verbrannte - die Substanz des Mythos mithin empirisch nicht überprüft werden kann. Der genauere Blick in die zeitgenössischen Zeitungen etc., zum Teil auch in die lokalen Aktenbestände zeigt freilich, daß die preußische Armee keineswegs so stabil war, wie in affirmativ-borussischen und zum Teil auch in kritischen Arbeiten, etwa denen Manfred Messerschmidts (Die preußische Armee während

der Revolution in Berlin 1848, in: Ders., Militärgeschichtliche Aspekte der Entwicklung des deutschen Nationalstaates. Düsseldorf 1988, S.47-63, hier: S. 56ff.), suggeriert wird.

- ³² NZ, 28.10.1848; vgl. auch Adolph Carl, Das freie Preußen, Bd. II, Berlin 1849, S. 478.
- ³³ Ein generelles Verbot, Volksversammlungen und Sitzungen der politischen Vereine zu besuchen, konnte der Berliner Oberkommandierende nicht verfügen, ohne offen mit dem durch die Märzrevolution gesetzten Rahmen zu brechen, da das Märzkabinett Camphausen-Hanseman mit seiner Verordnung über die "Grundlagen der künftigen preußischen Verfassung" vom 6. April die uneingeschränkte Versammlungs- und Meinungsfreiheit "für alle Preußen", also auch für Militärangehörige, rechtskräftig gemacht hatte.
- ³⁴ Ähnliche Verbote, wie sie der Militär-Gouverneur hier für alle in Berlin stationierten Soldaten verfügte, hatten einzelne Offiziere schon seit Ende September verfügt (vgl. z.B. BZH, 1.10.1848; NZ, 26.10.1848).
- ³⁵ Alle Zitate: NZ, 1.11.1848 (Hervorhebung - R.H.); vgl. außerdem BZH, 2.11.1848; Streckfuß, Freies Preußen, II, S. 478 f.; ders., 500 Jahre, S. 1150.
- ³⁶ Streckfuß, 500 Jahre, S.1151.
- ³⁷ Streckfuß, Freies Preußen, Bd. II, S.479. Über die auf den 6. November angesetzte 4. Sitzung des Militär-Reform-Vereins liegen Berichte nicht vor; vermutlich hat sie nicht mehr stattgefunden.
- ³⁸ Auf die Darstellung dieser Ereignisse wird hier verzichtet, da Streckfuß in der Schlussphase der Berliner Revolution keine zentrale Rolle spielte. Gänzlich inaktiv war er jedoch nicht. So verschickte der "Demokratische Kreis-Ausschuß für Berlin und die Mark Brandenburg", dem Streckfuß vorstand, am 8. und 9. November "Briefe an die meisten namhaften Demokraten in der Provinz" mit der Bitte um Unterstützung, weil er damit rechnete, daß, "bei der allgemeinen Kampfbegier, ein blutiger Konflikt gar nicht zu vermeiden sei" – eine Fehleinschätzung, wie sich in den folgenden Tagen zeigen sollte (Streckfuß, Freies Preußen, Bd. II, S.574).
- ³⁹ Ders., 500 Jahre, S.1151.
- ⁴⁰ Exemplarisch für diesen politischen Weg stehen die Gebrüder Bauer, die durch ihre Radikalität auch im Revolutionsjahr Furore machten: Der bekannte Religionskritiker Bruno Bauer (1809-1882), Privatdozent für Theologie zunächst in Berlin, dann in Bonn, wandelte sich schon kurze Zeit nach dem Ende der Revolution zum Konservativen, publizierte in der hochkonservativen "Kreuzzeitung" und trat seit den 60er Jahren u.a. durch antisemitische Schriften hervor. Sein Bruder, der Journalist Edgar Bauer (1820-1886) blieb der demokratischen Bewegung länger verbunden; er kehrte 1861 nach einem knapp zehnjährigen Exil in London nach Berlin zurück und wurde schließlich gleichfalls zum überzeugten Konservativen. Andere radikale und 1848 prominente Berliner Demokraten wie Heinrich Bernhard Oppenheim, Rudolf Schramm oder Georg

Jung schlossen sich in den späten 60er Jahren unter dem Eindruck der Bismarck'schen Erfolge den Nationalliberalen an.

- ⁴¹ Zur Kritik von Streckfuß an der oktroyierten Verfassung vom Dezember 1848 vgl. Streckfuß, *Freies Preußen*, Bd. II, S. 844-850.
- ⁴² Ders., *Organisation der Volkspartei*, S. 7.
- ⁴³ Zu diesen Bezirksvereinen, die sich Anfang Juni 1848 zu einem Bezirks-Central-Verein zusammengeschlossen hatten, soziale und politische Fragen diskutierten und für sich beanspruchten, die Berliner Bevölkerung weit besser zu repräsentieren als die 1848 weiterhin nach vormärzlichem Recht zusammengesetzte Stadtverordnetenversammlung, vgl. Hachtmann, *Berlin 1848*, S. 634-641.
- ⁴⁴ Vgl. den Organisationsplan der Volkspartei, der am 21. August 1849 vom "Gesamtausschuß" als verbindliche Richtlinie verabschiedet wurde. Im Wortlaut in: Streckfuß, *Organisation der Volkspartei*, S. 8f. Die Bezirksvereine gingen nicht in den bezirklichen Gliederungen der Volkspartei auf, sondern bestanden als "neutrale", vor allem sozialpolitisch tätige Organisationen weiter; "es wurde sogar zur Aufgabe der Parteimitglieder [der Volkspartei] gemacht, solche [Bezirks-]Vereine, wo sie noch nicht bestanden, zu gründen und in denselben Propaganda für die Demokratie zu machen" (ebenda, S. 9). Das folgende nach ebenda., S. 13.
- ⁴⁵ Vgl. Rüdiger Hachtmann, "... die Autoritäten haben einen Knacks erhalten" - Anhalt in der Revolution von 1848/49, Einleitung zu: Rüdiger Hachtmann/Günter Ziegler, *Parlamentarismus in Anhalt I. Die anhaltischen Abgeordneten der Landtage 1848-1851 und für die Deutsche Nationalversammlung 1848/49* (= Schriftenreihe zur Geschichte der Stadt Dessau und Umgebung, Heft 39/III), Dessau 1996, S. 3-22, bzw. ders., *Im Schatten des übermächtigen Nachbarn Preußen: Anhalt in der Revolution von 1848 bis 1850*, in: *Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte*, Neue Folge, Bd.8, 1998, H.1, S.53-91.
- ⁴⁶ Vgl. den Bericht über Streckfuß seitens der Polizeiaagenten: [Carl Georg] Wermuth/[Wilhelm] Stieber, *Die Communisten-Verschwörungen des neunzehnten Jahrhunderts*, Theil 2, Berlin 1854 (Reprint Hildesheim 1962), S. 127. Der junghegelianische Philosoph und Publizist Arnold Ruge (1802-1880) hatte u.a. mit Marx 1844 die "Deutsch-französischen Jahrbücher" herausgegeben und gehörte 1848/49 der Linken in der Paulskirche an. Er lebte seit 1849 in England (Brighton). Ende der sechziger Jahre sympathisierte er mit dem Bismarck'schen Konzept der kleindeutschen Reichseinigung; seit 1877 empfing er einen Ehrensold der Reichsregierung.
- ⁴⁷ Benedikt Waldeck (1802-1870), seit 1836 Oberlandesgerichtsrat in Hamm, seit 1846 Richter am Geh. Obertribunal in Berlin, 1848 Abgeordneter der Preußischen Nationalversammlung (der als Vorsitzender des Verfassungsausschusses maßgeblich den auch "Charté Waldeck" genannten Verfassungsentwurf prägte), von Februar bis April 1849 Mitglied der Zweiten Kammer des Preußischen

Parlaments, wurde Mitte Mai 1849 unter dem Vorwurf des Hochverrats verhaftet, Ende dieses Jahres freigesprochen. Danach war er wieder als Richter am Geh. Obertribunal in Berlin tätig, von 1861 bis 1869 für den linksliberalen "Fortschritts" Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses, von 1867 bis 1870 Mitglied deutschen Reichstags. Zur Biographie siehe Nadja Stulz-Herrnstadt, Franz Leo Benedikt Waldeck. Parlamentarier in der Berliner konstituierenden Versammlung an der Grenze zwischen Liberalismus und Demokratie, in: Männer der Revolution von 1848. Hrsg. Helmut Bleiber/Walter Schmidt/Rolf Weber, Bd. 2, Berlin 1987, S. 327-356. Julius Berends hatte Theologie und Philosophie studiert. Er war ab 1847 als linksliberaler Stadtverordneter bekannt geworden, ehe er im Mai 1848 in die Preußische Nationalversammlung gewählt wurde. In der Ära der Reaktion als radikaler Demokrat wiederholt verhaftet, wanderte er 1853 in die USA aus; nach zwischenzeitlicher Rückkehr nach Preußen emigrierte Berends Mitte der achtziger Jahre in die Schweiz. Zu seiner Biographie vgl. Kurt Wernicke: Julius Berends (1817-1891). Ein Berliner Linker von 1848, in: Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49. Hrsg. Helmut Bleiber/Walter Schmidt/Susanne Schötz, Bd. 1, Berlin 2003, S. 83-138; Jürgen Wetzels, Julius Berends (1817-1891). Ein Kämpfer für Demokratie und soziale Gerechtigkeit, in: Der Bär von Berlin, 27. Jg., 1978, S. 41-49. Der Holzhandelskaufmann Heinrich Runge (1817-1886) hatte sich ab 1844 als linksliberaler Stadtverordneter profiliert und 1848 mit Streckfuß u.a. im Volksklub eng zusammengearbeitet. Er ging von 1853 bis 1862 ins Schweizer Exil, saß nach seiner Rückkehr nach Berlin von 1862 bis 1882 für den linksliberalen "Fortschritt" im Preußischen Abgeordnetenhaus, von 1867 bis 1874 außerdem im Reichstag und gehörte von 1871 bis zu seinem Tod als Stadtkämmerer von Berlin auch zur lokalen politischen Prominenz. Zum Gymnasiallehrer und engagierten Demokraten Gercke, der nach langjähriger Haft (vgl. Anm. 80) 1859 in die USA emigrierte und 1884 nach Berlin zurückkehrte, vgl. ausführlich Kurt Wernicke: Hartmut Gercke (1816-1888). Ein aufrechter Berliner Linker in der Reaktionsperiode, in: Akteure eines Umbruchs, Bd. 2, Hrsg. Helmut Bleiber/Walter Schmidt/Susanne Schötz, Berlin 2007, S. 133-178, zur Volkspartei bes. S. 136-140. Zum folgenden außerdem vor allem Streckfuß, Organisation der Volkspartei, S. 10 f.

⁴⁸ Neben Streckfuß gehörte u.a. auch Eduard Meyen dem zweiten Vorstand der Berliner Volkspartei an (vgl. Anm. 18). Meyen lebte von 1850 und 1859 im englischen Exil.

⁴⁹ So und ähnlich lauteten die entsprechenden Passagen in den Statuten der neun Volksvereine. Sie finden sich im Wortlaut bei Streckfuß, Organisation der Volkspartei, S. 14-27. Zumindest vereinzelt kursierten sie auch als Flugblatt (vgl. Statut des 5. Volks-Vereins vom 15. Aug. 1849, in: Verzeichnis der Friedländerschen Sammlung zur Geschichte der Bewegung von 1848. Magistrats-Bibliothek zu Berlin, Berlin 1897, S. 197).

- 50 Die Etikettierung "bekannter Demokratenchef" ist einer anonymen Anzeige gegen Streckfuß an den Berliner Polizeipräsidenten v. Hinckeldey vom 21. November 1848 entnommen (Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz ([GStA PK], I. HA Rep. 77, Tit. 6, Spez. Lit. St., Nr. 58, Bl. 2.). Den Hinweis auf diese Akte verdanke ich Kurt Wernicke.
- 51 Zu den wichtigsten Bestimmungen des "Drei-Königs-Entwurfs", d.h. der vor allem von Preußen geprägten Unions-Verfassung vgl. Wolfram Siemann, *Die deutsche Revolution von 1848/49*, Frankfurt a.M. 1985, S. 219; ders., *Gesellschaft im Umbruch. Deutschland 1849-1871*, Frankfurt a. M. 1990, S. 29.
- 52 Vgl. Streckfuß, *Organisation der Volkspartei*, S.13.
- 53 Vgl. Hermann Schulze[-Delitzsch] an Gottfried Ferdinand Ludewig vom 2. August 1849, nach: Christian Jansen (Hrsg. und Bearb.), *Nach der Revolution 1848/49: Verfolgung, Realpolitik, Nationsbildung. Politische Briefe deutscher Liberaler und Demokraten 1849-1861*, Düsseldorf 2004, S. 20ff., hier: S. 21.
- 54 Ebenda., S. 12. Diese Form des Aufrechterhaltens politisch-kommunikativer Zusammenhänge weist bemerkenswerte Ähnlichkeiten zu den Formen des organisatorischen Überwinterns der Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz auf.
- 55 Vgl. die Berichte Hinckeldeys vom 20. und 29. Oktober 1849, in: GStA PK. I. HA Rep. 77, Tit. 1072, Nr. 1, Bd. 1, Bl. 235-236, 257-260.
- 56 Vgl. z.B. die Erklärung eines Friedrich Gerhard über "Die Auseinandertreibung des Zweiten Volks-Vereins am 9. November 1849", in der Zeugenaussagen über den Vorfall präsentiert wurden, als Flugblatt in: Landesarchiv Berlin (LAB), Rep. 240, Acc. 685, Nr. 837; außerdem Eintragungen Varnhagens vom 24. und 30. August, 30. Oktober, 10. und 15. November 1849, in: Ders., *Tagebücher*, Bd. 6, S. 334, 341, 420, 434, 440. Leopold Zunz (1794-1886), Begründer, führender Vertreter der (modernen) Wissenschaft des Judentums und 1849/50 in der demokratischen Volkspartei aktiv, schrieb in einem Brief vom 28. Februar 1850 an Ph. Ehrenberg, während der 28 Wochen, die er als Vorsitzender des 8. Volksvereins fungierte, habe er "mehr mit der Polizei zu tun [gehabt], als bisher in meinem ganzen Leben." Leopold Zunz, *Jude - Deutscher - Europäer. Ein jüdisches Gelehrtenchicksal im 19. Jahrhundert in Briefen an Freunde*. Hrsg. Naham N. Glatzer, Tübingen 1964, S. 315f.
- 57 Rudolf Gneist, *Berliner Zustände. Politische Skizzen aus der Zeit vom 18. März 1848 bis 18. März 1849*, Berlin 1849, S. 118. Gneist (1816-1895), seit 1839 Privatdozent, seit 1844 außerordentlicher, seit 1858 ordentlicher Professor für Staatsrecht an der Berliner Universität, gehörte 1848 der Bürgerwehr und dem fliegenden Corps der Studenten an. Von Mai 1848 bis 1849 sowie von 1858 bis 1875 saß er in der Berliner Stadtverordnetenversammlung, 1884 wurde er Berliner Stadtrat. Von 1859 bis 1893 gehörte er dem Preußischen Abgeordnetenhaus, von 1867 bis 1884 dem Reichstag an; Ende der 60er Jahre war er zeitweilig Vorsitzender der Nationalliberalen Partei. Seit Mai 1852 saß Gneist im Vor-

stand, von 1869 bis 1895 war er Vorsitzender des "Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen", 1873/74 außerdem Vorsitzender des "Vereins für Sozialpolitik"; von 1890 bis zu seinem Tode amtierte er schließlich als Vorsitzender des "Vereins zur Abwehr des Antisemitismus".

- 58 Seine Frau (deren Name weder in den Polizeiakten noch in den Nachrufen oder bei Denkler und Boger/Haasis genannt wird) war erst 17 Jahre alt, als er sie 1850 heiratete. Sie habe ihm, heißt es in einer Familienchronik aus dem Jahre 1933 (nach: Boger/Haasis, Teilnehmer, Chronist und Kritiker, S. 426), "in 45jähriger Ehe jederzeit in vorbildlicher Weise tragend und helfend zur Seite" gestanden und gebar insgesamt neun Kinder, von denen allerdings nur fünf erwachsen wurden.
- 59 Zitate aus: Prospect zu: "Adolph Streckfuß, Die Demokraten. Politischer Roman in Bildern aus dem Sommer 1848.", erschienen "im Selbstverlage des Verfassers", zweite Auflage ("Volksausgabe"), in: LAB, A. Pr. Br. Rep. 030, Nr. 14567, Bl. 2. Zur Entschlüsselung des Romans (vor allem der Rolle Friedrich Wilhelm Helds) vgl. Boger/Haasis, Teilnehmer, Chronist und Kritiker, S. 452-456.
- 60 Vgl. Polizeibericht vom 16. Febr. 1851 und Schreiben des Berliner Polizeipräsidiums an Streckfuß vom 11. März 1851, in: LAB, A. Pr. Br. Rep. 030, Nr. 14567, Bl. 1f., 7.
- 61 Gottfried Kinkel (1815-1882), seit 1846 außerordentlicher Prof. für Kunst und Literaturgeschichte in Bonn, nahm als radikaler Demokrat 1849 am badischen Aufstand teil und geriet nach dem Fall von Rastatt verwundet in preußische Gefangenschaft (Festung Spandau), aus der er Anfang November 1850 durch seinen Freund Carl Schurz befreit wurde. Er floh nach England und wurde 1866 Professor für Kunstgeschichte am Polytechnikum in Zürich.
- 62 Adolph Streckfuß, Das Volksarchiv, Bd. 1, Berlin 1850, S. 6f., nach: Boger/Haasis, Teilnehmer, Chronist und Kritiker, S. 449. Zu den politisch-historischen Schriften im einzelnen vgl. ebenda., S. 447ff., 457f.; Denkler, "Erzdemokrat" und "Volkschriftsteller", S. 23ff.; ferner Elke Weber, Der späte Adolph Streckfuß als Unterhaltungsschriftsteller, in: Streckfuß, Die Demokraten (Reprint 1977), S. 463-473, hier: S. 472f.
- 63 LAB, A. Pr. Br. Rep. 030 Nr. 14567, Bl. 6, 18. Daraus die folgenden Zitate.
- 64 Manteuffel (1805-1882) leitete 1848 bis 1850 das preußische Innenministerium, ehe er - unter Beibehaltung der Leitung des Innenministeriums - zum Ministerpräsident ernannt wurde. Er forcierte die Ersetzung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts für das preußische Abgeordnetenhaus durch das Drei-Klassen-Wahlrecht sowie die Novellierung der Verfassung Anfang 1850 und personifizierte zusammen mit dem Berliner Polizeipräsidenten v. Hinckeldey die Ära der Reaktion in Preußen. Er wurde von Wilhelm I. bei Antritt seiner Regentschaft 1858 entlassen; seit 1866 war Manteuffel Mitglied des Preußischen Herrenhauses.

- ⁶⁵ Julius v. Könneritz an Otto v. Manteuffel, 7.4.1851, in: LAB. A. Pr. Br. Rep. 030 Nr. 14567, Bl. 7f. Könneritz (1792-1866), seit 1830 sächsischer Kanzler, ab 1831 Justizminister und zeitweilig auch Hausminister des Landesministeriums des Königreich Sachsen, amtierte von 1843 bis zu seinem Sturz 1848 als Vorsitzender des sächsischen Gesamtministeriums; in den fünfziger und sechziger Jahren blieb er als Mitglied des Staatsrates und des Staatsgerichtshofes in Sachsen höchst einflussreich.
- ⁶⁶ Ministerium des Innern an das Berliner Polizeipräsidium vom 13. April 1851, ebenda., Bl. 5f.
- ⁶⁷ Ausführlich: Wolfram Siemann, "Deutschlands Ruhe, Sicherheit und Ordnung". Die Anfänge der politischen Polizei 1806-1866, Tübingen 1985, bes. S. 345-399; vgl. auch ders. (Hrsg.), Der 'Polizeiverein' deutscher Staaten. Eine Dokumentation zur Überwachung der Öffentlichkeit nach der Revolution 1848/49, Tübingen 1983; Dokumente aus geheimen Archiven, Bd. 5: Die Polizeikonferenzen deutscher Staaten 1851-1866. Präliminardokumente, Protokolle und Anlagen. Eingel. u. bearb. v. Friedrich Beck/Walter Schmidt (= Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs Potsdam. Hrsg. Friedrich Beck, Bd. 27), Weimar 1993.
- ⁶⁸ Das obige sowie alle folgenden Zitate nach: Der Publicist. Eine Zeitung für öffentliches Recht und Gerichtsverfahren und für sociale Interessen. Verantwortlicher Redakteur: A. F. Thiele, Nr. 26, 12.9.1851. "Der Publicist" war eine höchst bemerkenswerte, zweimal, im Revolutionsjahr zeitweilig auch dreimal die Woche erscheinende linksliberale Zeitschrift, deren Bedeutung für die politische (Willens-)Bildung der Berliner Bevölkerung seit ihrer Gründung 1845 gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, vor allem im Vormärz und ebenso in der Zeit der Reaktion. Allein die ausführliche und sachliche Berichterstattung des "Publicisten" über politische Prozesse wie den gegen Streckfuß trug wesentlich dazu bei, daß die demokratische und linksliberale Bewegung auch in der Ära Manteuffel trotz faktischem Vereins- und Versammlungsverbot in der Berliner Öffentlichkeit präsent blieb.
- ⁶⁹ Nach: Dirk Blasius, Geschichte der politischen Kriminalität in Deutschland 1800-1980, Frankfurt a.M. 1983, S. 44; vgl. auch Christina v. Hodenberg, Die Partei der Unparteiischen. Der Liberalismus der preußischen Beamtenschaft 1815-1848/49, Göttingen 1996, S. 298. Blasius betont, daß das genannte Rundschreiben des Justizministers "eines der ersten Behördenschriftstücke [gewesen sein dürfte], das den Begriff des Terrorismus enthält". Das berühmte "Deutsche Wörterbuch" von Jacob Grimm und Wilhelm Grimm (Bd. 11, I. Abt., I. Teil [Reprint], München 1999, S. 262) kannte den Begriff des Terrorismus noch nicht.
- ⁷⁰ Anfang 1851 war zwar ein neues Strafgesetzbuch erlassen worden, das den strafrechtlichen Teil des Allgemeinen Landrechts ablöste. Er verschärfte allerdings im Zusammenspiel mit dem neuen preußischen Pressegesetz vom 12. Mai 1851

die einschlägigen Strafbestimmungen nur weiter, indem es etwa die Buchhändler für den Inhalt der von ihnen angebotenen Printprodukte haftbar machte, wie Blasius (Geschichte der politischen Kriminalität, S. 51f.) am Beispiel Ferdinand Freiligrath eindrucksvoll demonstriert.

- ⁷¹ Seit 1849 waren in Preußen Schwurgerichte für politische Straftaten zuständig.
- ⁷² Die "Neue Preußische Zeitung", schon bald besser bekannt unter ihrem Namen "Kreuzzeitung" - nach dem Eisernen Kreuz in der Kopfzeile - , war als gegenrevolutionäres, hochkonservatives Massenblatt Anfang Juli 1848 gegründet worden.
- ⁷³ Das Innenministerium war über den Freispruch höchst verärgert (vgl. dessen Schreiben an das Berliner Polizeipräsidium vom 11.9.1851, in: GStA PK, I. HA Rep. 77 Tit. 6 Spez. Lit. St. Nr. 58, Bl. 11), also vom folgenden Tage, in dem letzteres zur umgehenden Berichterstattung über dieses unerhörte Urteil aufgefordert wurde.
- ⁷⁴ Vgl. v. Hodenberg, Die Partei der Unparteiischen, Zitat: S. 294. Hodenberg verweist auch auf das Engagement von hochrangigen liberaldemokratischen Juristen wie B. Waldeck, Temme und Kirchmann, betont jedoch zugleich, dass "die Richterschaft 1848 [keineswegs] mehrheitlich aus Parteigängern der radikalen Linken bestand", wie die Reaktionspartei gern behauptet habe (S. 290), sondern sich meist als 'überparteilich' verstand, sich (im Vormärz) "nicht auf gesinnungstreue Entscheidungen verpflichten" ließ und politisch tendenziell einem moderaten Liberalismus zugeneigt gewesen sei (S. 266).
- ⁷⁵ LAB, A. Pr. Br. Rep. 030 Nr. 14567, Bl. 193-197 Rs.
- ⁷⁶ Nach: Schreiben (Bericht) des Königlichen Polizeipräsidioms an den Königlichen Staats-Minister des Innern, Ritter pp. Herrn Grafen v. Schwerin ("Betrifft die Beschwerde des Literaten Adolph Streckfuß über verweigerte Concessionierung als Zeitungsverkäufer"), vom 7. Januar 1861, in: GStA PK, I. HA Rep. 7, Tit. 6 Spez. Lit. St. Nr. 58, Bl. 14 bis 41, hier: Bl. 37f.
- ⁷⁷ Vgl. z.B. Vermerk des Königlichen Polizei-Präsidioms vom 27. September 1854 (ebenda., Bl. 234), in dem die nachgeordneten Behörden angemahnt werden, dass die "laut Erkenntniß vom 31ten Januar 1852 zu vernichtenden Hefte 4, 6, 9, 10 und 11 der Schrift ‚Staatsumwälzungen resp. Ereignisse der Jahre 1847, 1848, 1849‘ von A. Streckfuß, Berlin 1849, Verlag von A. Sacco", auch tatsächlich aus dem Verkehr gezogen werden müssten.
- ⁷⁸ Die unterschiedliche Gesetzeslage in den einzelnen Ländern des Deutschen Bundes hatte demokratischen Schriftstellern nicht nur im Vormärz, sondern auch im Nachmärz Schlupflöcher gelassen, nämlich ihnen die Möglichkeit gegeben, in einem Nachbarstaat mit vergleichsweise liberaler Gesetzgebung zu publizieren. Diese Schlupflöcher wurden mit dem "Bundespreß-Gesetz" vom Juli 1854 gestopft.
- ⁷⁹ Anfang 1853 war Streckfuß für kurze Zeit "Hauptmitarbeiter" der "Norddeutschen Volkszeitung". So jedenfalls Wermuth/Stieber, Communisten-Verschwö-

rungen, Theil 2, S. 127.

⁸⁰ Auf der Anklagebank saßen neben dem Namensgeber, dem Lehrer August Ladendorff, der 1848 nicht weiter hervorgetreten war, dem Gymnasiallehrer Hartwig Gercke (vgl. Anm. 47) sowie den Ärzten Salomon Levy (oder Levi) und Heinrich Falkenthal, die beide zu den führenden Mitgliedern des im Juni 1850 gegründeten und im April 1853 aufgelösten Gesundheitspflegevereins der Berliner Arbeiterverbrüderung gehörten, u.a. der Handlungsdienstler Albert Neol, führendes Mitglied des 1839 gegründeten "Vereins junger Kaufleute", ab 1844 des Berliner (Hedemann'schen) Handwerkervereins und 1848/49 in der Berliner Arbeiterverbrüderung, sowie der Privatdozent an der Berliner Universität Julius August Collmann (1810-1855), im Revolutionsjahr führend in der demokratischen Bewegung der preußischen Hauptstadt, 1849 dann in der Volkspartei Berlins. Die Anklage fußte auf Informationen des Polizeispitzels und Premierleutnants a.D. Julius Hentze, der sich in die Reihen der Berliner Demokraten eingeschlichen hatte. Die Staatsanwaltschaft bauschte die Kontakte zwischen den Angeklagten zu Unrecht zu einer weitverzweigten Verschwörung mit dem Ziel eines gewaltsamen, "hochverrätherischen" Umsturzes der Hohenzollernmonarchie auf. Verurteilt wurden diese dennoch im Okt. 1854 zu teilweise mehrjährigen Haftstrafen. Neben Streckfuß wurden außerdem Julius Berends (vgl. Anm. 47) und der Arzt Julius Waldeck (1811-1857), 1848/49 gleichfalls höchst aktiv in der demokratischen Bewegung Berlins (und nicht zu verwechseln mit Benedikt Waldeck), vorübergehend festgenommen, jedoch bald wieder auf freien Fuß gesetzt. Das Konstrukt der "Ladendorff'schen Verschwörung" sollte vor allem die faktisch bereits weitgehend durchgesetzte Illegalisierung der frühen Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung zum Abschluss bringen. Der Prozess selbst zeugt davon, dass die Gleichschaltung der Justiz, d.h. die Bereitschaft ihrer Träger, den Vorgaben der Hardliner im Reaktions-Ministerium nachzukommen, bis 1853/54 weit gediehen war. Zum Prozess und seiner Vorgeschichte vgl. vor allem Wernicke, Hartwig Gercke, S. 148-168.

⁸¹ Vgl. eine entsprechende Anzeige von Streckfuß in der Urwähler-Zeitung, Nr. 294, 15.12.1852, sowie einen Polizeibericht vom 16. Juni 1854, in: LAB, A. Pr. Br. Rep. 030 Nr. 12867, Bl. 16.

⁸² Vermerk vom 4. Februar 1852, ebenda, Bl. 4.

⁸³ Die Urwähler-Zeitung war im April 1849 von dem Buchhändler Franz Duncker (1822-1888) gegründet worden, der bereits im Vormärz als entschiedener Liberaler hervorgetreten war, 1859 zu den Mitbegründer des "Deutschen Nationalvereins" gehörte und 1862 bis 1877 für den "Fortschritt" im Preußischen Abgeordnetenhaus, 1867 bis 1877 dann im Reichstag saß.

⁸⁴ So die lakonische Feststellung im "Extrakt" aus einem Polizeibericht vom 8. Juni 1857, in: LAB, A. Pr. Br. Rep. 030, Nr. 12867, Bl. 25 (ohne daß dort näher ausgeführt worden wäre, welchen Zwecken die beiden Reisen dienten, wen er

- besuchte usw.). Zu seiner Reisetätigkeit ab 1849 und seinen angeblichen – und offenbar unbewiesenen – Kontakten zur frühkommunistischen Bewegung vgl. auch Wermuth/Stieber, *Communisten-Verschwörungen*, Teil 2, S. 127.
- 85 Der Beiname “Kartätschenprinz” selbst für den Prinz von Preußen war allerdings älteren Datums. Er geht auf Max Dortu zurück: Der bekannte Potsdamer Demokrat -hatte ihn am 12. Mai 1848 während einer Sitzung des dortigen Politischen Klubs zur Kennzeichnung Wilhelms benutzt und mußte für diese “Majestätsbeleidigung” mit Berufsverbot (als Jurist) und einem Prozeß büßen, in dem er im August 1848 zu 15 Monaten Festungshaft verurteilt wurde, die er allerdings nicht abzusitzen brauchte (vgl. Karl Gass, *Zielt gut, Brüder! Das kurze Leben des Max Dortu*, Wilhelmshorst 2000, S. 52, zum Pro-zess S. 57-61; ferner Hachtmann, Berlin 1848, S. 342, Anm. 64).
- 86 LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 12867, Bl. 27.
- 87 Die preußischen Liberalen konnten bei dieser Wahl die Zahl ihrer Sitze von 36 auf 151 mehr als vervierfachen, während die der Konservativen von 177 auf 47 schrumpfte.
- 88 Vgl. *Volkszeitung*, 6.4.1861 sowie Polizeibericht vom 31. Dez. 1861, in: LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 12867, Bl. 35. Dieser “Vorstädtische Handwerkerverein” ist vermutlich identisch mit dem von Toni Offermann und Georg Hanf genannten, 1859 gegründeten Handwerkerverein (vgl. Toni Offermann, *Arbeiterbewegung und liberales Bürgertum in Deutschland 1850-1863*, Bonn 1979, S. 304f.; Georg Hanf, *Handwerkerausbildung in Berlin während der industriellen Revolution (1787-1873)*, Phil. Diss. Berlin 1985, S. 174f.).
- 89 Zum “großen” oder “Hedemann’schen” Handwerkerverein, der 1844 gegründet und 1850 verboten wurde, vgl. Kurt Wernicke, *Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung 1830-1849*, Berlin 1978, bes. S. 47-53; ders., *Eine “Pflanzschule der Revolution”. Der Berliner Arbeiterverein 1848-1850*, in: Walter Schmidt (Hrsg.), *Demokratie, Liberalismus und Konterrevolution. Studien zur deutschen Revolution von 1848/49*, Berlin 1998, S.197-245; ders., *Sängerchor und Poetenzirkel im Berliner Handwerkerverein 1844-1848*, in: Hans-Jürgen Mende (Hrsg.), *Tradition und geistiger Aufbruch in Berlin. Ausgewählte kulturelle Leistungen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts*, Berlin 1992, S.41-58; Rüdiger Hachtmann, *Zwischen bürgerlichem Bildungsverein und moderner Arbeiterbewegung - der Berliner Handwerkerverein in den Jahren 1843 bis 1847*, in: Eva Schöck-Quinteros/Hans Kloft/Franklin Kopitzsch/Hans-Josef Steinberg (Hrsg.), *Bürgerliche Gesellschaft. Idee und Wirklichkeit. Festschrift für Manfred Hahn zum 65. Geburtstag*, Berlin 2004, S.143-178.; ders., Berlin 1848, bes. S. 99-103, 847ff.
- 90 Vgl. vor allem den Bericht des Polizeipräsidiiums an den Preußischen Innenminister vom 7. Jan. 1861 (wie Anm. 76). Der dort fixierte Antrag auf Entzug der Konzession als Zeitungsverkäufer wurde vom Innenministerium zwar zurückgewiesen; dennoch trat Streckfuß als Herausgeber des “Vereint Vorwärts” Ende

Februar 1861 zurück.

- ⁹¹ Das neue Staatsministerium wurde zwar von Karl Anton von Sigmaringen-Hohenzollern geführt; eine zentrale Rolle spielte jedoch (als Minister ohne Portefeuille) der Rechtsliberale Rudolf v. Auerswald, der 1848 dem (zweiten) preussischen Märzministerium führend angehört hatte.
- ⁹² Vgl. oben.
- ⁹³ Angaben nach: Berthold Grywatz, *Stadt, Bürgertum und Staat. Selbstverwaltung, Partizipation und Repräsentation in Berlin und Preußen 1806-1918*, Berlin 2003, S. 802f.
- ⁹⁴ So das lakonische Resümee von Grywatz, ebenda S. 805.
- ⁹⁵ Vgl. *Geschichte der Revolutionären Berliner Arbeiterbewegung, Bd. 1: Von den Anfängen bis 1917*, Berlin 1987, S. 122. Der Jurist Schulze-Delitzsch (1808-1883) war 1848 Mitglied der Deutschen Nationalversammlung gewesen. Er wurde vor allem durch die von ihm in den fünfziger Jahren wesentlich mitinitiierte Genossenschaftsbewegung bekannt. Maßgeblich beteiligt war er außerdem an der Gründung des Deutschen Nationalvereins, dessen Ausschuss er von 1859 bis 1867 angehörte. Im Preussischen Abgeordnetenhaus saß er von 1861-1875, im Reichstag von 1867 bis 1883.
- ⁹⁶ Vgl. Walther G. Oschilewski, *Zeitungen in Berlin. Im Spiegel der Jahrhunderte*, Berlin 1975, S. 87f. Mosse (1843-1920) hatte zunächst bei der Leipziger Firma Robert Apitsch gearbeitet, die u.a. die "Gartenlaube" herausgab, und 1866 eine Annoncen-Expedition gegründet, die u.a. Anzeigen an den "Kladde-radatsch" und die "Fliegenden Blätter" vermittelt, ehe er mit dem "Berliner Tageblatt" den Grundstein für sein späteres Zeitungs- und Verlagsimperium legte. Als Grund für die Trennung 1877 gibt Oschilewski "Meinungsverschiedenheiten" an, ein Zerwürfnis, das zur Entlassung fast der gesamten Redaktion der Zeitung führte. Während der neben Streckfuß leitende Co-Redakteur, Rudolf Menger, und "fasst die ganze Redaktion schnurstracks" eine neue Zeitung gründeten - das "Neue Berliner Tageblatt" (später "Deutsche Union"), das noch im selben Jahr vom Papiergroßhändler und späteren Großverleger Leopold Ullstein (1826-1899) übernommen wurde - , zog sich Streckfuß selbst aus dem journalistischen Tagesgeschäft zurück.
- ⁹⁷ Nach anderen Angaben blieb er bis 1884 Stadtrat. Ab 1871 fungierte Streckfuß außerdem als Vorsitzender des "Vereins Berliner Presse", dem er seit 1863 angehörte.
- ⁹⁸ Vgl. dazu die Ausführungen zum Auftritt von Streckfuß auf einer Volksversammlung der frühen Berliner Arbeiterbewegung (mit 4.000 Teilnehmern) am 2. November 1862, in: *Geschichte der Revolutionären Berliner Arbeiterbewegung, Bd. 1*, S. 118f.
- ⁹⁹ Selbst besorgte Streckfuß die zweite bis vierte Auflage in den Jahren 1878, 1880 und 1886. Fortgeführt wurden die "500 Jahre ... bis in die neueste Zeit" durch Leo Fernbach (1900); vgl. im einzelnen Denkler, "Erzdemokrat" und "Volks-

schriftsteller”, S. 28ff. 1869 kam außerdem der letzte Band einer vierbändigen “Geschichte Berlins im neunzehnten Jahrhundert” heraus, die er am 15. November 1848 (der letzten Sitzung der Preußischen Nationalversammlung) enden ließ.

¹⁰⁰ Nachruf auf Streckfuß, in: Berliner Lokal-Anzeiger, 11.10.1895.

¹⁰¹ Vgl. Hans-Otto Hügel, Untersuchungsrichter, Diebsfänger, Detektive. Theorie und Geschichte der deutschen Detektiv Erzählung im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1978, S. 175-196; Achim Saupe, Der Historiker als Detektiv – der Detektiv als Historiker. Historik, Kriminalistik und der Nationalsozialismus als Kriminalroman, Bielefeld 2009, S. 185ff.